Preis der Einzelnummer 25 Pfennige

Nr. 65 Donnerstag, 22. April 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13693.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelzeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelzeile 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 22. April. Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird heute der Volkskammer sein Rücktrittsgesuch überreichen. Es ist mit seinem schlechten Gesundheitszustand begründet und mit der Unzufriedenheit, die sich im Lande bemerkbar macht.

* * *

Nach dem vorläufigen Grundgesetz bedeutet der Rücktritt des Ministerpräsidenten gleichzeitig den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Bis zur Neubildung eines solchen wird das alte Kabinett die Geschäfte weiterführen. Voraussichtlich werden einige Tage bis zur Neubildung vergehen.

Ungeklärt ist die Frage, ob unter den neuen Verhältnissen die Koalition zwischen Demokraten und Rechtssozialisten erhalten bleibt. Eine starke Richtung unter den Rechtssozialisten steht dieser Koalition durchaus feindlich gegenüber und wünscht ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Zur Vorgeschichte des Rücktritts.

Gegen Dr. Gradnauer besteht schon seit längerer Zeit auch in den Reihen der Rechtssozialisten eine große Mißstimmung. Seine verwaschene Politik, die sich in Nichts von der der Demokraten unterschied, sein strammes Vorgehen gegen die Arbeiterschaft und nicht zuletzt das durch seinen Einfluß erfolgte militärische Eingreifen in Westsachsen hat dieser Mißstimmung neue Nahrung gegeben. Ausdruck fand sie zunächst auch darin, daß Gradnauer bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten in Dresden-Land an letzte Stelle gekommen ist.

Durch den Kapp-Putsch sind auch den rechtssozialistischen Arbeitern die Augen aufgegangen. Sie verlangen von ihren Führern wirklich sozialistische Maßnahmen. Die Erkenntnis, daß solche gemeinsam mit Vertretern des Kapitals nicht getroffen werden können, setzt sich auch in jenen Kreisen immer mehr durch. Besonders von Chemnitz aus wurde lebhaft Propaganda für ein Zusammengehen mit der U. S. P. gemacht. In einer gemeinsamen Aussprache der beiden Landesvorstände wurde über die Möglichkeit eines Zusammengehens unverbindlich gesprochen. Von unsrer Seite wurde ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Vertretern abgelehnt, im übrigen aber die Bildung einer Regierung zwischen U. S. P. und S. P. bis nach Abschluß der Wahlen offengelassen. Als Bedingung zur Beteiligung an der Regierung wurde von unsrer Seite außerdem die Anerkennung der bekannten acht Punkte gefordert, welche auch gewährt wurde.

Das bisherige Verhalten Dr. Gradnauers wird von der Mehrheit der Rechtssozialisten als Erschwernis des Wahlkampfes angesehen. Aus dieser unliebsamen Lage soll sie der Rücktritt Dr. Gradnauers befreien.

Ganz reibungslos scheint übrigens bei den Rechtssozialisten die Abhalfterung Dr. Gradnauers nicht gegangen zu sein, wie aus folgender Auslassung der Freien Presse hervorgeht:

„Am 17. April fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses der sozialdemokratischen Partei in Leipzig statt, in der über die Lage und die Wahlen gesprochen wurde. Der Arbeitsausschuß wählte eine Kommission, die mit Dr. Gradnauer Rücksprache nehmen sollte über die Stellung der Regierung zu den von der Volkskammerfraktion und dem Arbeitsausschuß aufgestellten 11 Punkten. Diese Aussprache mit Dr. Gradnauer hatte ein für die Kommission völlig befriedigendes Ergebnis. Um so mehr muß es überraschen, daß die sozialdemokratische Fraktion in einer nicht offiziell einberufenen Sitzung nach einer Auseinandersetzung über die Maifeier den einstimmigen Beschluß faßte, eine Kommission zu dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer nach Schandau, wohin er sich auf kurze Zeit zur Erholung begeben hat, zu schicken, um ihn zu ersuchen, noch vor der diesen Sonnabend zusammentretenden Landesversammlung zugleich mit dem Minister des Innern, dem Genossen Uhlig, seine Entlassung zu nehmen.

Dieses Vorgehen der Fraktion, in deren Sitzung eine Anzahl namhafter Mitglieder nicht anwesend waren, ist um so ungewöhnlicher, **als der Arbeitsausschuß von diesem Vorstoß nicht verständigt worden ist.** Angesichts der bevorstehenden Landesversammlung wäre es richtiger gewesen, wenn die Entscheidung über den Rücktritt der Genossen Dr. Gradnauer und Uhlig dieser überlassen worden wäre.

Wie sich nun die Dinge entwickeln werden, steht dahin. Die Kommission ist am Dienstagmittag nach Schandau gefahren. Da der Beschluß in der Fraktion von den anwesenden Mitgliedern einmütig gefaßt worden ist, kann die Antwort des Genossen Gradnauer, der persönlich schon längst Befreiung von der drückenden Bürde seines Amtes gewünscht, bisher aber aus Pflichtgefühl für die Partei auf seinem Posten ausgeharrt hat, kaum zweifelhaft sein. Tritt aber Dr. Gradnauer zurück, dann muß nach der vorläufigen Verfassung die gesamte Regierung zurücktreten und es stehen die Fraktion und die Partei nicht nur, sondern auch die Volkskammer und die Regierung vor den schwersten Komplikationen, aus denen herauszukommen es wohl nur eine Möglichkeit gibt: Auflösung der Volkskammer."

Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht erkennen.

Die Wahlparade des Bürgerblocks.

Die organisierte politische Macht des deutschen Kapitalismus rüstet sich zur Wahlschlacht. Die Arbeiterschaft darf sich dabei nicht verhehlen, daß diese ihre bürgerliche Gegnerschaft, wie nie zuvor kampfwillig, opferwillig und auch einig im Sinne der gemeinsamen Verteidigung der heiligsten Güter des Geldbeutels gegen den „Bolschewismus" sein wird. Man hat nur notwendig, die kleine bürgerliche Provinzpresse in diesen Tagen der Kampfvorbereitung durchzublättern, um zu erfahren, daß die Besitzenden in Stadt und Land diesmal weder Mühe noch Kosten im Kampf sparen wollen. Konsortien bilden sich im Handumdrehen, die — im Zeichen der Papier-Wucherpreise! — demokratische Blattgründungen zum Ziel haben. Die Landwirte spenden reichlich aus der durch den langjährigen Schwarz- und Schleichhandel wohlgenährten Geldtruhe. Der protestantische Predigtstuhl ist genau so gut bereits in mobilen Zustand versetzt, im Interesse des bürgerlichen Interessenkampfes, wie der katholische Beichtstuhl . . .

Im Reich hat der Aufmarsch der großen bürgerlichen Parteien zur Wahl seit Sonntag begonnen. Die Rechts-Extremen, die

„deutschnationalen Volksparteiler",

haben dabei mit einem großen Pairsschub im Parteiinnern hinter den Kulissen begonnen, der außerordentlich bezeichnend ist. Die liberal angehauchten Parteigrößen, wie der Graf Posadowski, der vergeblich das gegen ihn entstandene Mißtrauen der Traugott-Jagow-Clique der Unentwegten durch seine äußerst reaktionäre letzte Nationalversammlungsrede zu zerstreuen versuchte, und der frühere Staatsminister von Delbrück, der gegen den Stachel der antisemitischen Radau- und Pogrombrüder in der Partei zu löcken gewagt hatte, sind glücklich ausgeschifft. Beide kandidieren nicht wieder. Dafür erscheint in voller Siegerglorie der altkonservative Führer Graf Westarp, dem die unter dem Revolutionsdruck vollzogene Mimikry aus deutschkonservativer Herren- und Baronspartei zur „deutschnationalen Volkspartei" immer ein Greuel gewesen ist. Er war schon seit einigen Wochen wieder der eigentliche Sprecher und Boß der Partei geworden, der täglich in der Nationalversammlung erschien, um seinen Anhängern in der Fraktion die Notwendigkeit der Rückmauserung zum ausgesprochensten Krautjunkertum wilhelminischer Glanzzeit einzupauken. Daß neben diesem Grafen, der sich in der Kreuzzeitung so entschieden für den „hochherzigen Patriotismus" der Kapp-Putschisten eingesetzt hat, heute als zweiter Renommierkandidat der Deutschnationalen Herr Dr. Helfferich nicht fehlt — wen kann das noch wundern?! Dieser Sankt Georg mit der goldenen Uhrkette, der sich vom pfälzischen Demokratensohn zum Oberbureaukraten und Oberstreber des Hohenzollernbyzanz emporgemausert hat, ist ja seit seinem Prozeß gegen den rührigen Ministerkommis Erzberger im Herzen der Reaktion für alle Zeiten eingeschreint.

Gewissermaßen die Brücke vom Rittergut zum Industriekontor mag Herr von Kardorff, der ehemalige freikonservative Führer, schlagen, der jetzt ebenfalls als Mann mit gewissen liberalisierenden Ambitionen den Deutschnationalen den Rücken zugekehrt, auf den Vizevorsitz in der preußischen Landtagsfraktion verzichtet und zur „liberalen"

„Deutschen Volkspartei"

sich verflüchtigt hat. Diese Partei der besonders fettgenährten Bourgeoisie mit geheimrätlich-professoralem Einschlag hat am Sonntag ihren Zentralvorstand tagen und ihm durch den Parteikapitän Stresemann das Wahlprogramm diktieren lassen. Dessen Weisheit ist, nach dem dort gehaltenen Referat, „eine Regierungskoalition bilden, bei der die Sozialdemokratie nicht mehr der allein leitende Teil ist". Mit andern Worten: Stresemann versucht auch die formelle Regierungsdiktatur des „Besitzes und der Bildung" wieder aufzurichten, wo die effektive Wirtschaftsdiktatur dieser herrschenden Klasse dank des Versagens der Mehrheitssozialdemokratie ja nie angezweifelt worden ist. Aus dem ökonomischen Zustand des in der vollen Gegenrevolution lebenden Deutschlands soll die politische Folgerung gezogen werden. Das ist wenigstens ein klares und eindeutiges Programm. Da Herr Stresemann weiterhin allerdings diese Koalition entgegen der bürgerlichen Praxis der früheren Jahre auch auf die Sozialdemokratie erstrecken will, mag das wie ein schlechter Witz anmuten. Wenn die neue Blockregierung nach den Wünschen Stresemanns wirklich einen lammfrommen und hasenzahmen Gewerkschaftsmann antirevolutionärer Richtung zum Kanzlisten gnädigst bestellen würde, dann soll das nach Dr. Strese mann eine weitsichtige „Handreichung an die Arbeiterschaft" darstellen. Großer Gott, was sich diese Leute wohl unter den deutschen Arbeitern und ihrem Willen vorstellen!

Die Berliner Rechtssozialisten zu den Wahlen.

Berlin, 22. April. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) In einer Konferenz der Funktionäre der rechtssozialistischen Partei Berlins war zum erstenmal ein Vertreter der Opposition, Dr. Könitz, zum Referenten bestellt. Er geißelte unter wiederholtem lebhaftem Beifall aufs schärfste das System Noske und die zahlreichen Sünden der sozialdemokratischen Parteileitung, kritisierte besonders auch das Verhalten des Vorsitzenden der Berliner Organisation, des Abgeordneten Franz Krüger, der immer wieder Noske zu decken versucht habe. Könitz trat dann sehr nachdrücklich für ein Zusammengehen mit den Unabhängigen bei den nächsten Wahlen ein. Die Koalitionsregierung sei zu beseitigen, eine rein sozialistische Regierung oder doch zum mindesten eine reine Arbeiterregierung müsse an ihre Stelle treten. Von einer Ueberschätzung der formalen Demokratie müsse man sich freimachen. Auch mit 48 Prozent der Stimmen werde ein sozialistischer Block die Regierung übernehmen können und zu übernehmen haben. Das Rätesystem müsse in irgendeiner Form verwirklicht werden. Die letzten Ausführungen fanden Widerspruch. Gegen sie wandten sich auch in der Diskussion verschiedene Redner, so die Vorwärtsredakteure Kuttner und Stampfer. Wenn sie aber Könitz gegenüber betonten, daß am Prinzip der Mehrheitsregierung festgehalten werden müsse, so schlugen doch auch sie im übrigen radikale Töne an, und besonders Kuttner wies an der Hand der Tatsachen sehr eindringlich die verderbliche Politik Noskes nach und betonte die Tatsache, daß immer noch in seinem Sinne weitergewurstelt würde. Lebhafte Angriffe gegen die bisherige Parteipolitik und den Berliner Vorsitzenden richtete auch Max Cohen. Krüger suchte sich zu rechtfertigen und warf Cohen vor, daß er eine Kandidatenrede gehalten habe, was zu einer heftigen Entgegnung Cohens führte.

Schließlich wurde eine Resolution Kuttner angenommen, die sich gegen eine derzeitige Entpolitisierung der Reichswehr ausspricht, weil diese nur den reaktionären Offizieren Gelegenheit gebe, die republikanischen Organisationen zu unterdrücken. Diese müßten offiziell anerkannt werden. Eine Resolution Könitz, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten war, wurde abgelehnt, und dafür eine Resolution Stampfer-Krüger angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, eine sozialistische Parlamentsmehrheit zu schaffen, um die Bahn freizumachen für eine entschiedene und rein demokratische und sozialistische Politik. Zur Herbeiführung einer Einigung mit der U. S. P. auf diesem Boden, unter Ablehnung jeder Diktatur, sind die Funktionäre jederzeit bereit."

Vielleicht geht es das nächste Mal anders.

Die Germania hatte aus dem Reichsausschuß der Zentrumspartei gemeldet: „Was die Zukunft anbelangt, so herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Fraktionen vollständige Entschlußfreiheit besitzen, und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustandezubringen, welches eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleistet.

Der Vorwärts bemerkt dazu: „Dasselbe gilt natürlich für die Sozialdemokaten, deren Stellung zum Zentrum besonders auch davon abhängen wird, in welcher Gestalt diese sehr verwandlungsfähige Partei aus den Wahlen hervorgehen wird. Koalitionen macht man nicht aus Begeisterung, sondern nur, weil es nicht anders geht. Vielleicht geht es das nächste Mal anders."

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Berlin, 22. April. (T.-U.) Die Wahlen zum ersten Reichstage der Republik werden nunmehr, wie endgültig feststeht, am Sonntag, dem 6. Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuerlichen Verschiebung sprechen, entsprechen nach dem Berliner Tageblatt nicht den Tatsachen.

Zur Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 22. April. Nach der Vossischen Zeitung hat die Elberfelder Stadtverordnetenversammlung die Auflösung der Einwohnerwehr und Errichtung einer Abwicklungsstelle aus drei Offizieren und elf Mann beschlossen und eine Entschließung an den Magistrat gerichtet, die Bildung einer Ortswehr vorzubereiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Gros der deutschen bourgeoisklasse, die

„Demokratische Partei",

tagte in ihrem Zentralvorstand unter Vorsitz des Hamburger Senators Petersen ebenfalls in Berlin. Die Partei hat jetzt das Ausscheiden ihres Führers Dr. Friedberg, der früher der allerwaschechteste Nationalliberale glorreichen Angedenkens war, aus „Gesundheitsrücksichten" zu tragen. Die vorsichtigen Demokraten gehen nun einstweilen der Frage der offenen Koalitionsbildung mit den Rechtsparteien noch aus dem Wege. Zur Stunde verteidigen sie noch den somilisozialistisch-demokratisch-klerikalen Status quo. Aber eine vom Zentralvorstand angenommene Entschließung verwahrt sich heftig gegen die angebliche „Nebenregierung" der Gewerkschaften. Das ist natürlich Schmalz für die Ohren der Reaktion und Zucker aufs Butterbrot der antibolschewistischen Waffenbrüder im andern Lager. Wie lange noch, und in den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude . . .

Deutlicher wird schon der reaktionäre Pferdefuß der deutschen Demokratenseele in einem Wahlaufruf sichtbar, den jetzt die sächsischen Demokraten mit den Unterschriften Günther, Külz und Stritt verbreiten. Darin wird neben einer Menge von Forderungen, unter denen man sich alles und auch nichts denken kann, auch die sehr positive Forderung des Abbaus der Zwangswirtschaft erhoben. Dasselbe tut der Bund der Landwirte mit der Deutschen Tageszeitung als Wortführerin schon seit Jahr und Tag. Man sieht: Es gibt noch eine gemeinsame Linie zwischen den beati possidentes, die über den ungeschmälerten Profit, mögen sie sich nun Demokraten oder Aristokraten nennen.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Teil des Bürgertums, der so unpolitisch ist, daß er ganz allein an seinen Reebach von heute denkt, nämlich jener Mischmasch, für den der parteilose Antibolsa-Mensch Stadler wirkt, mit der Forderung eines Kabinetts der Arbeitsgemeinschaftspolitik loslegt. Die „Wirtschaft", soll heißen die Mehrwertsrate soll gerettet werden, koste es, was es wolle, selbst auf Kosten jeglicher politischer Logik.

Auch der Reichsausschuß der

Zentrumspartei

tagte bis zum Sonntag in Berlin, allerdings unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Aus dem stark verwaschenen Bericht, den jetzt eine offiziöse Parteikorrespondenz über die Tagung herausgibt, geht hervor, daß ein weiter Kreis des Zentrums die Teilung der Reichsgewalten zwischen bürgerlich und halbsozialistisch nicht mehr billigt und für den „stubenreinen" bürgerlichen Regierungsblock arbeitet.

Wie die ultramontane Politik aber immer die besondere Fähigkeit gehabt hat, sich nach der jeweils vorhandenen Bettdecke, unter Verzicht auf alle Körperlänge irgendwelcher politischen Grundsätzlichkeit, zu strecken, so hat auch diesmal sehr weise Vorsicht die Zentrumsleute beherrscht. Sie haben sich alle Hände und alle zehn Finger an ihnen freigehalten für alle Eventualitäten. „Es herrschte," so heißt es in der Korrespondenz, „Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion vollständige Entschlußfreiheit besitzt, und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, das eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleiste."

Der 40-Milliarden-Etat.

Im Hauptausschuß der Nationalversammlung gab der Reichsfinanzminister Dr. Wirth einen Ueberblick über den neuen Haushaltplan für 1920, der den ganzen Jammer der Finanzlage des Reichs enthüllte. Dabei haben die Veranschlagungen nur einen sehr bedingten Wert und man kann deshalb noch mit mancherlei unangenehmen Ueberraschungen rechnen.

Der neue Etat, den der Minister als reinen Uebergangsetat bezeichnete, weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahnen hinzutritt. Im ordentlichen Haushalt stehen den laufenden Einnahmen von 25 Milliarden Mark fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt. Die Ausgaben seien in fortdauernde von 23,8 Milliarden und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden Mark geschieden. Die Verzinsung der Reichsschuld betrage 12,4 Milliarden, die Pensionen 3,2 Milliarden Mark. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden Mark eingestellt und die allgemeinen Verwaltungsausgaben mit 6,8 Milliarden veranschlagt. Außerdem erfordern die Abwicklungsgeschäfte für Heer und Marine 2½ Milliarden Mark. Zur Verbilligung von Lebensmitteln seien 8 Milliarden eingestellt. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts beziffern sich auf 11,6 Milliarden. Dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden Mark verfügbar. An diesen Ausgaben nehme vor allem die allgemeine Finanzverwaltung teil, die zur Ausführung des Friedensvertrags 5 Milliarden beanspruche. Dieser Posten bleibe für die Finanzgebarung des Reichs noch für lange Zeit eine ernste Sorge. Zu dem Riesendefizit bei der Eisenbahn und der Reichspost bemerkte der Minister, daß eine Uebernahme solcher Defizite auf die Reichskasse und damit auf die Steuerträger unmöglich ist. Er stehe auf dem Boden, daß die Genehmigung für Lohnerhöhungen der Eisenbahner und jetzt der Beamten nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung erfolgen könne. Heute treten die großen finanzpolitischen Ueberlegungen in den Vordergrund, die zu Monopolen führen. Darüber hinaus würden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuersystem, als in der Verbindung des Steuersystems mit der Wirtschaft. Neue organisatorische Zusammenfassung der großen Produktionszweige der Wirtschaft werden mit der Steuer in Verbindung zu bringen sein. Die äußere Form bleibt noch den Ueberlegungen überlassen, wobei die Frage, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, von den politischen Machtverhältnissen abhängt. Ein gesestigter Etat dürfte die erste Grundlage für eine Genesung des öffentlichen Kredits bedeuten. Die Finanzverwaltung werde in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der schwebenden Schuld herantreten. Sie glaube als das nächste Mittel hierfür wieder die Sparprämienanleihe ansprechen zu können. Mit der Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte auch Deutschlands Kredit im Ausland steigen.

Bemerkenswert ist noch, daß Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 9,1 Milliarden veranschlagt sind. Die Zölle sollen 2,5 Milliarden, die Kohlensteuer 4,5 Milliarden bringen. Wie der Finanzminister ausführte, bildet die Kohlensteuer jetzt eine so wesentliche Stütze des Reichsetats, daß die Reichsfinanzverwaltung nicht daran denken könne, auf diese Arbeiter und Volkswirtschaft besonders schwer belastende Steuer zu verzichten. Im Gegenteil müsse an einen Ausbau der Kohlensteuer gedacht werden. Neue schwere Belastung der breiten Massen mit neuen indirekten Steuern sind also zu erwarten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Darlegungen des Reichsfinanzministers, die im einzelnen noch zu würdigen sind, mit aller Deutlichkeit hervor. Bei den bevorstehenden Wahlen hat die Arbeiterschaft Gelegenheit, kundzugeben, wie sie darüber denkt.

Die Naumburger Justiz und die Revolution

Die Stadt Naumburg a. Saale ist der Sitz der 16. Reichswehrbrigade und zugleich das Zentrum der reaktionären Clique in Mitteldeutschland. Die Naumburger Staatsanwaltschaft zeichnet sich in diesem Kreise ganz besonders aus. Unter frechem Bruch eines in Halle am 26. März unter Vorsitz des Magdeburger Oberpräsidenten Hörsing geschlossenen Abkommens zwischen Regierung und bewaffneter Arbeiterschaft, wonach kein Teilnehmer an den Kämpfen gegen das kappistische Militär während der Zeit vom 13. März bis zum Tage des Abkommens verfolgt und verhaftet werden dürfte, ließen die Naumburger Justizbehörden bisher eine große Zahl von Arbeitern hinter Schloß und Riegel stecken. Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht möglich, den Inhaftierten die Freiheit wieder zurückzugeben, im Gegenteil: immer neue Verhaftungen erfolgen, immer neue Ermittlungen werden angestellt. Bei der Unterredung mit den Vertretern der Arbeiterschaft zwecks Freigabe der Gefangenen besaß der erste Staatsanwalt in Naumburg die Unverschämtheit zu erklären, das sei eben das Gute, daß die Revolution das deutsche Justizwesen in keiner Weise umgestaltet und seinen Vertretern die volle Macht und Befugnisse aus der Zeit bis zum November 1918 belassen hätte. Die Herrschaften pfeifen einfach auf Willenskundgebungen der Regierung, wonach Kämpfer gegen die Kappisten durchaus legal gehandelt hätten und außer Verfolgung bleiben müßten.

Die Willkür, mit der die Gefangenen aus den Kapptagen in Naumburg behandelt werden, spottet jeder Beschreibung. Unter den nichtigsten Vorwänden wurden sie verhaftet, vor der Einlieferung in das Gefängnis aufs schwerste mißhandelt und sind jetzt selbst im Gefängnis nicht vor Totschlag sicher. Von Familienangehörigen der Inhaftierten wird uns berichtet, daß sie in der Nacht vom 16. zum 17. April von ihren Bewachungsmannschaften furchtbar geschlagen worden seien. Diese feigen Halunken in Reichswehruniform nahmen Rache für die vernichtende Kritik, die eine Massenversammlung am Abend des 10. April gegen sie geübt. In dieser Versammlung, der zahlreiche Offiziere in Zivil beiwohnten, sprach Abgeordneter Genosse Dittmann über die politische Lage, wobei er zugleich die entsetzlichen Schandtaten Naumburger Truppenteile und Offiziere gegen unbewaffnete Bürger während der Kapptage geißelte. Da die anwesenden Schuldigen zu feige waren, sich öffentlich zu verteidigen, ließen sie dann hinterher ihre Wut an den wehrlosen Gefangenen aus.

Sollte sich der mitgeteilte Vorgang bewahrheiten, was die vom Oberpräsidenten Hörsing geforderte Untersuchung ergeben wird, so trifft die volle Mitschuld dafür auch die Naumburger Justizbehörden. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Regierung einmal ernsthaft mit den Kappisten im Naumburger Justizpalast befaßt.

Der schlechtunterrichtete Reichswehrminister.

Unter den Berliner Truppen sind in letzter Zeit Bewegungen bemerkbar, die auf ernsthafte Beunruhigung innerhalb der Truppenkörper selbst schließen lassen. Der wahre Grund dieser Bestrebungen ist bisher noch nicht deutlich erkennbar. Das Reichswehrministerium versucht sofort zu beschwichtigen und behauptete, daß die Beunruhigung der Berliner Garnison auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Die Truppen hätten Bedenken gegen die Verminderung ihrer Gebühren und Beschränkung ihrer Bezüge geäußert, es werde aber in Kürze durch Verhandlungen gelingen, diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Ob dies in der Tat der wahre Grund für die Beunruhigung innerhalb der Berliner Garnison ist, muß im Augenblick dahingestellt bleiben. Nach andern Nachrichten ist unter einzelnen Truppenteilen zum mindesten eine heftige Erregung darüber ausgebrochen, daß die während des Kapp-Putsches durch ihre Haltung verdächtig gewordenen Offiziere noch immer nicht aus der Truppe entfernt sind, ja daß sie sich immer noch Maßregelungen der republikanisch zuverlässigen Mannschaften erlauben. Der Reichswehrminister wird deshalb gut tun, der Frage ernsthafter näherzutreten als bisher. Der Reichswehrminister ist offenbar wieder sehr schlecht unterrichtet durch seinen, von ihm selbst als so mangelhaft und unzuverlässig bezeichneten Nachrichtendienst, wenn er glaubt, daß allein wirtschaftliche Schwierigkeiten die Beunruhigung hervorgerufen hätten.

Die antibolschewistische Stimmungsmache.

In den alldeutschen Blättern wird folgende Essener Drahtmeldung vom 20. April verbreitet:

„Heute wurde im Städtischen Saalbau eine Massenversammlung der durch die Schreckensherrschaft der Roten schwer geschädigten Einwohner des Stadtkreises Essen abgehalten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde mit nachdrücklichem Ernst auf die erneute schwere Gefahr hingewiesen, die dem Ruhrgebiet aus dem Wuppertal und dem Bergischen Lande droht. Es wurde gefordert, daß kein Mann der Reichswehr von Essen abrückt. An die Regierung und die Behörden wurde das dringende Ersuchen gerichtet, den Herd der spartakistischen Ruhestörungen zu säubern und die Spartakistenherrschaft im Wuppertal und im Bergischen Lande zu brechen. Die beruhigenden Erklärungen der Behörden dieser Gebiete sind erzwungen oder beruhen auf Angst vor der Rache der Kommunisten. Die Entschließung fordert weiter, die bisher lächerlich geringe Waffenabgabe im Ruhrgebiet wie im Bergischen Lande mit den allerschärfsten Mitteln zu erzwingen, da jedes Entgegenkommen als Schwäche ausgelegt wird."

•

Widerlichste Stimmungsmache und Hetze zu Kommunistenpogromen! Der deutsche Arbeiter kennt diese Sudelfinken. Es sind dieselben, die im Sommer 1914 mit den nationalistischen Lügen von den französischen Fliegern über Nürnberg und den Bazillen in den Metzer Brunnen das deutsche Volk in die Kriegsverhetzung hineinpeitschten.

Endlich!

In der letzten Generalversammlung der Berliner Buchbinder wurde mitgeteilt, daß der frühere Verbandsvorsitzende Emil Kloth jetzt — Generalsekretär der deutschnationalen Volkspartei geworden ist.

Wer Kloths Wirken während des Krieges verfolgt hat, wird sich darob nicht verwundern. Kloth war einer der fanatischsten „sozialistischen" Durchhaltepolitiker und Nationalisten. Er sprach und schrieb und schrieb und sprach für Ludendorff und Hindenburg und gab so schon zu Kriegsbeginn seine Visitenkarte bei den Deutschnationalen ab, die ihn nun ebenso als brauchbares Werkzeug erwerben haben, wie sich früher die Schwerindustriellen hohe Regierungsbeamte als Syndici kauften. Lange genug hats freilich gedauert, bis die Buchbinder den Reinigungsprozeß in ihrem Verbande vorgenommen haben. Und was bezeichnend ist: noch bis vor kurzem war im Verband eine Strömung, die Herrn Kloth — rehabilitieren wollte. Der neue deutschnationale Generalsekretär kann also seinen gegenwärtigen Herren mit den besten Empfehlungen aufwarten: es war ihm glänzend gelungen, einen Teil der Arbeiterschaft nationalistisch zu verseuchen. Jetzt freilich werden wohl endlich auch diese Kreise erkennen, welchem politischen Rattenfänger sie gefolgt waren.

Daß Herr Kloth sich nun ausgerechnet zu den Deutschnationalen schlägt, klingt freilich wie ein Witz. Denn was diese Partei noch an politisch einsichtigeren Elementen barg, flüchtet im Geschwindschritt aus diesem durch den Kapp-Putsch ganz besonders korrumpierten buntscheckigen Gebilde. Aber vielleicht spielen da heimatliche Erinnerungen mit. Denn Herr Kloth stammt aus Mecklenburg, dem Lande der alten Erbuntertätigkeit.

Ein Untersuchungsamt und ein neuer Untersuchungsausschuß.

Aus Berlin wird gemeldet, daß im Reichswehrministerium unter Aufsicht des Unterstaatssekretärs Stock ein besonderes Amt zur Untersuchung der Vorgänge im März errichtet worden ist. Das Amt gliedert sich in zwei Dezernate, die unter der paritätischen Leitung eines Stabsoffiziers und eines Vertreters aus dem Zivilstande stehen. Das Amt soll alle eingegangenen Beschwerden prüfen und vervollständigen und die einzelnen Fälle dann einem besonderen Ausschuß überweisen, in dem die zivilen Vertreter ausschlaggebend sind.

Daß man erst heute, sechs Wochen nach dem Staatsstreich, dazu kommt, mit den Vorbereitungen für die Untersuchung zu beginnen, beweist, daß man es mit der Untersuchung selbst nicht allzu eilig hat. Außerdem wird das etwas komplizierte Untersuchungsverfahren auch nicht gerade zur Beschleunigung beitragen. In der Zwischenzeit ist den Angeschuldigten hinreichend Gelegenheit gegeben, manches belastende Material zu beseitigen, den Tatbestand zu verdunkeln und die Aufklärung selbst zu erschweren. Nach alledem kann man sich leicht vorstellen, daß das Ergebnis des ganzen Verfahrens im umgekehrten Verhältnis zu dem aufgebotenen großen Apparat stehen wird. Es wird deshalb schon ein mehr oder weniger sanfter Druck der Arbeiterschaft erfolgen müssen, wenn Licht in die vielen dunklen Affären gebracht und der Reinigungsprozeß mit der notwendigen Gründlichkeit durchgeführt werden soll.

Das neue Militärversorgungsgesetz.

Dem Nationalversammlungsausschuß für soziale Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zugegangen. Von einem Regierungsvertreter wurde in dem Ausschuß ein Überblick über die Zahl der Kriegsopfer gegeben. Danach beläuft sich die Zahl der Kriegsbeschädigten auf annähernd 1½ Millionen, der Zugang der Rentenempfänger beträgt monatlich etwa 50 000. Kriegshinterbliebene, Witwen, Waisen und sonstige Unterstützungsberechtigte gibt es nahezu 3 Millionen. Zur Erledigung der Versorgungsansprüche werden 25 Hauptversorgungsämter und 103 Versorgungsämter mit rund 50 000 Beamten nötig sein. Die Versorgungssumme wird auf 4 bis 4½ Milliarden Mark im Jahr geschätzt. Über den Kreis der Versorgungsberechtigten und die Art der Versorgung enthält der Entwurf die folgenden grundsätzlichen Bestimmungen: „Frühere Angehörige der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen erhalten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Dienstbeschädigung auf Antrag Versorgung. Die Versorgung umfaßt: 1. Heilbehandlung, Krankengeld und Hausgeld; 2. soziale Fürsorge; 3. Rente; 4. Beamtenschein; 5. Sterbegeld und Gebührnisse für das Sterbevierteljahr und 6. Hinterbliebenenrente." Nach der Regierungsvorlage sollen für das Jahr gewährt werden:

Als Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage: bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 20 v. H.	480 Mk.	Grundrente				
„ 30 „ „	720	„	„			
„ 40 „ „	960	„	„			
„ 50 „ „	1200	„	„	und 120 Mk.	Schwerbeschädigten-Zulage	
„ 60 „ „	1440	„	„	„ 240	„	„
„ 70 „ „	1680	„	„	„ 360	„	„
„ 80 „ „	1920	„	„	„ 480	„	„
„ 90 „ „	2160	„	„	„ 600	„	„

bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mk. Grundrente und 720 Mk. Schwerbeschädigtenzulage. Wer in seiner Erwerbsfähigkeit um mehr als 90 vom Hundert beeinträchtigt ist, gilt als erwerbsunfähig.

Einigkeit herrschte unter den Vertretern der Parteien im Ausschuß darüber, daß das Gesetz schnell erledigt werden muß, ohne Rücksicht auf die längere oder kürzere Tagung der Nationalversammlung. Im Verlaufe der Verhandlungen haben alle Parteien Anträge auf Erhöhung der Grundrente eingebracht. Die Mehrausgabe stellt sich gegenüber der Regierungsvorlage auf 1 bis 2½ Milliarden. Unterstaatssekretär Mäeder erklärte namens des Finanzministeriums, daß eine derartige Mehrbelastung für das Reich unerschwinglich sei. Er bitte die Parteien, über die Beträge der Regierungsvorlage nicht hinauszugehen. Die deutschnationale Volkspartei zog ihren Antrag zurück; der Antrag der Unabhängigen wurde abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien auf eine Mehrausgabe von 1,02 Milliarden wurde unter der Voraussetzung angenommen, daß die Fraktionen unter Berücksichtigung der Regierungserklärung dazu Stellung nehmen.

Die Lage in Oberschlesien.

Der Rat der Alliierten billigt die Maßnahmen der interalliierten Kommission.

Wie der Vossischen Zeitung aus Breslau berichtet wird, hat der Rat der Alliierten in Paris in einer Sitzung seine Plebiszitkommission in ihrer Haltung gestärkt. Es gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der interalliierten Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden sind.

Die Forderungen der Polen.

Breslau, 22. April. (T. U.) Der Warschauer Ministerrat hat beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen zu erheben: Verwirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung. Beseitigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr. Verschiebung der Volksabstimmung.

Der Antrag auf Hinausschiebung der Volksabstimmung bedeutet eine völlige Schwenkung der polnischen Politik, die geglaubt hatte, durch eine möglichst frühe Abstimmung für sich ein möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Das Programm von San Remo.

Frankfurt a. M., 22. April. (T.-U.) Nach dem Korrespondenten des Pariser Journals hätten sich Lloyd George und Nitti vor der Konferenz in San Remo auf folgendes Programm geeinigt:

Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der Wirtschafts-Blockade. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn notwendig vermittelst einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrags und dem Wiederaufbau Deutschlands mit Unterstützung der Alliierten gleichkäme. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder später verhandelt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aufteilung der Türkei.

Amsterdam, 21. April. Der Berichterstatter der Westminster Gazette in San Remo meldet, die italienische und die jugoslawische Regierung seien in der Adriafrage zu einem Einvernehmen gekommen. — Derselbe Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, das türkische Reich werde stark verkleinert werden, da Syrien, Palästina, Arabien Mesopotamien, Armenien, Thrazien und Smyrna ihm genommen werden. Hinter Adana solle eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone festgesetzt werden. Die Türkei werde die Hälfte ihrer Untertanen verlieren und nur noch ungefähr neun Millionen Mohammedaner und zwei Millionen Christen umfassen.

Paris, 22. April. Der Sonderberichterstatter des Intransigeant in San Remo berichtet, Venizelos habe, von England und Italien unterstützt, bei der Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die gesamte europäische Türkei mit Ausnahme der Bannmeile von Konstantinopel zugesprochen.

Die Regierung gegen die Abrüstung.

Berlin, 22. April. Der Lokalanzeiger bringt über Bern die Meldung aus San Remo, daß die deutsche Regierung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe, und zwar die Antwort wegen der Einwohnerwehren, ferner die Bitte, die für das neutrale Gebiet zugelassenen Truppen nach der Kopfzahl und nicht nach der Zahl der taktischen Körper zu bestimmen und mehr Artillerie zuzulassen, endlich den Antrag, die Reichswehr auf 200 000 Mann bringen zu dürfen, da sonst die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten sei.

Neue Ansprüche Belgiens auf deutsches Gebiet.

Berlin, 22. April. Die Vossische Zeitung erfährt aus Köln, die belgische Regierung verlange noch einen Streifen östlich der Mondschauer Eisenbahn, so daß die Ortschaften Rötgen und Lammersdorf noch belgisch würden. Die betroffenen Handelskammern protestieren bei der Reichsregierung.

Die Banditenkaserne Pommern.

Neue Tatsachen, neue Anklagen.

Die Beschwichtigungsräte der Regierung Hermann Müller können nun einmal trotz „bester" Absicht die Tatsache nicht aus der Welt herauslügen, daß sich auf den pommerschen Rittergütern eine neue schwere militaristische Gefahr für Deutschland zusammenzieht. Sie haben es sogar nicht zu verhindern vermocht, daß jetzt selbst der offiziöse Reichsgeneralanzeiger, die gutmütige Deutsche Allgemeine Zeitung Alarm schlägt und an der Spitze ihrer jetzt erschienenen Ausgabe vom Mittwoch-Morgen Dinge der Oeffentlichkeit preisgibt, die allerdings gerade der Reichsregierung zu denken Anlaß geben sollen.

Die Lüttwitz-Fronde denkt danach gar nicht daran, „abzubauen". Im Gegenteil: Sie hat nur aus dem Mißglücken des ersten Putsches gelernt und gedenkt den zweiten Schlag, den sie beabsichtigt, mit viel durchdachterem Plan, bedeutend geübteren und zahlreicheren Kräften und vor allem mit noch besserer Bewaffnung zu führen. Pommern ist nun das geradezu ideale Sprungbrett für diesen neuen Raubanfall an die Kehle des deutschen Volkes. Das hat die militärische Vendee mit sicherem Instinkt erfaßt. Die pommersche Beamten-Reaktion weiß durch ihre Lügenberichte einen dichten Schleier um alle die geheimnisvollen Dinge zu weben. Die einzelnen Rittergüter, auf denen die Vetterschaft der Lüttwitze, Lettows und wie sie alle heißen, mit der Souveränität türkischer Padischahs hausen, sind, jedes für sich, Werkammern und Waffenarsenale der Verschwörer und niemand wagt es, bis in diese Machtbereiche, in denen die Krautjunker noch alle Herrenprivilegien der Feudalordnung besitzen, vorzudringen.

Im Einzelnen teilt die Deutsche Allgemeine Zeitung nach dem Bericht ihres Stettiner Korrespondenten mit:

„Die Haltung der Offiziere im Wehrkreiskommando II ist nicht so, daß ihre Nachrichten ohne weiteres als objektiv und zuverlässig gelten können. So ist beispielsweise erklärt worden, daß sich keine Baltikumverbände in der Provinz befänden; allerdings könnte man nicht garantieren, daß sich unter den Zeitfreiwilligen nicht einige Baltikumer befinden. Dahingegen muß ich betonen, daß zwar die einzelnen Baltikumabteilungen aufgelöst und ihnen zum Schein die Waffen abgenommen sind, daß die Leute sich aber alle nachts die Waffen aus den Depots wiedergeholt haben. Ueberdies haben sie weit mehr Waffen zur Verfügung, als nach ihrer Kopfzahl berechtigt ist.

Die eigentliche Gefahrzone liegt in Dänholm, der befestigten Insel bei Stralsund und auf dem Truppenübungsplatz Krekow. Hier werden dauernd Offiziere, Mannschaften und Unteroffiziere aufgelöster Abteilungen uniformiert, und wenn es notwendig ist, auch mit neuen Waffen versehen. Die Führer dieser Abteilungen sind ganz ohne Zweifel durchaus regierungsfeindlich und hatten sich auch seinerzeit der Kappregierung zur Verfügung gestellt. Auch sind noch Teile der Eis. Division aus dem Munsterlager nach Pommern gekommen. Sie treten dort in geschlossenen Formationen auf und werden teilweise in Form von Arbeitsgemeinschaften auf die Güter gebracht. Vier Abteilungen zu je 500 Mann, also insgesamt 2000 Mann, sind bereits festgestellt. Alles zusammen dürfte man die Zahl der in Pommern befindlichen bewaffneten Baltikumer auf 4000 Mann einschätzen. Was das bedeutet, ist ohne weiteres klar. Hier ist eine Gefahr, die mit äußerster Wachsamkeit beobachtet und mit allem Nachdruck bekämpft werden muß. Vor allem muß die Oeffentlichkeit wissen, daß die militärischen Beruhigungsnachrichten die eigentliche Sachlage nicht richtig wiedergeben und offenbar auf falsche Berichterstattung der Gewährsmänner zurückzuführen sind."

Die Unparteilichkeit der deutschen Richter.

Unsre Notiz, die unter dieser Ueberschrift in der Nr. 68 vom Dienstag erschien, trug den Untertitel „Reichsanwalt Dietz für den Mord Eisners". Damit ist einem Lebenden und einem Toten Unrecht geschehen. Der Verfasser des Hymnus auf den Mörder Eisners, aus dem wir nach der Weltbühne einige Sätze zitierten, ist nicht der Reichsanwalt Dietz, der noch amtiert, sondern der vor kurzem verstorbene Reichsgerichtsrat Dietz.

An den Schlußfolgerungen, die wir aus dem Vorgang gezogen haben, wird durch diese Feststellung natürlich nichts geändert. Die Richterschaft des Reichsgerichts hat gegen die „Rechtsauffassung" ihres verstorbenen Kollegen keinerlei Protest zu erheben für nötig befunden.

Deutschland.

Demonstration der Kriegsblinden.

In Berlin versammelten sich die Kriegsblinden am Mittwoch im Kasino des Arbeitsministeriums, um gegen das Militärversorgungsgesetz Stellung zu nehmen. Nach Annahme einer Entschließung bildete sich ein Zug von ungefähr 400 Kriegsblinden mit ihren Frauen, Krankenschwestern und Führerhunden, der zum Reichstage zog. Hier wurde eine Abordnung zur Nationalversammlung gesandt, die die Beschwerden der Kriegsblinden vortrug. Es wurde ihnen „wohlwollende Erwägung" zugesagt. Darauf zerstreute sich der Zug, der einen mitleiderweckenden Eindruck machte, in aller Ordnung.

Die Blinden können von Glück reden, daß die Lex Lüttwitz noch nicht in Kraft getreten ist, sonst würde man ihnen nicht „wohlwollende Erwägung" ihrer Forderungen zugesagt haben, sondern hätte sie wegen der Demonstration vor dem Reichstag eingesperrt.

Arbeitslosendemonstration in Hamburg.

Hamburg, 21. April. Eine zu heute nachmittag nach dem Heiligengeistfelde einberufene Versammlung von Erwerbslosen wurde von der Sicherheitspolizei verhindert. Die Versuche einzelner Trupps, nach dem Rathause zu ziehen, wurden durch Absperrung vereitelt, ebenso der Versuch, den Alsterpavillon zu stürmen. Einige „Rädelsführer" wurden festgenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Unterbrechung der russisch-polnischen Verhandlungen.

Amsterdam, 21. April. Die Times meldet aus Warschau, die Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland seien ausgesetzt worden. Polen scheine abwarten zu wollen, welche Haltung die Alliierten einnehmen und wie sich die militärische Lage entwickelt. Die Bolschewisten hätten den Kampf noch keineswegs aufgegeben. — Wie die Times weiter meldet, bestätigen sich die Gerüchte über eine Erhebung der Ukrainer in Kiew.

Amerikanischer Kredit für Deutschland.

Berlin, 22. April. (T. U.) Wie die P. P. N. erfahren, besteht begründete Aussicht, daß ein amerikanisches Konsortium dem Deutschen Reich einen in ein bis zwei Jahren rückzahlbaren Kredit von zirka 50 Millionen Dollars für Lebensmittel zur Verfügung stellt.

Demonstration französischer Soldaten.

Das Pariser Blatt Homme Libre meldet aus Tours, daß etwa 200 bis 300 Soldaten der Jahresklasse 1918 Kundgebungen in den Hauptstraßen der Stadt für ihre Entlassung veranstaltet haben.

Nationalversammlung.

Berlin, 21. April 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Baerecke (D.-Nat.) über die Maßnahmen, die die Reichsregierung gegen die anläßlich einer Notenabstempelung von Polen angeordnete unerträgliche Erschwerung des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen zu tun gedenkt.

Abg. Baerecke (Dnat.) begründet die Interpellation. Polen, das uns dankbar sein müßte, weil wir ihm die Selbständigkeit verschafft haben, erlaubt sich jetzt die schlimmsten Schikanen, so namentlich in der Frage des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen. Wir müssen verlangen, daß der Schnellzugsverkehr mit Ostpreußen sofort wieder hergestellt wird.

Reichsminister des Aeußern Dr. Köster: Die Maßnahme der polnischen Regierung beweist, wie recht wir hatten, als wir uns mit aller Macht gegen die Einrichtung des Korridors wehrten. Wir müssen mit der polnischen Regierung unverzüglich zu dem endgültigen Abkommen gelangen, auf das wir nach Art. 98 des Friedensvertrags Anspruch haben. Bei den Verhandlungen konnte bereits mit gewissen befriedigenden Teilergebnissen gerechnet werden, als der Putsch vom 13. März dazwischen kam. Die Polen brachen daraufhin sofort die Verhandlungen ab mit der Begründung, daß die Vollmachten der deutschen Vertreter nicht mehr ausreichten. (Hört, hört!) Versuche, zu neuen Verhandlungen zu kommen, blieben erfolglos. Daraufhin beschloß die Regierung, die deutsch-polnischen Fragen zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris zu machen, wie sie der oberste Rat der Alliierten selbst gewünscht hat. Jetzt haben wir die Nachricht erhalten, daß mit den polnischen Vertretern ein vorläufiges Einvernehmen erzielt ist, daß der Abschluß des endgültigen Abkommens in Aussicht steht. (Hört, hört!) Heute begibt sich eine Abordnung des Auswärtigen Amts, des Reichsjustizministeriums und des preußischen Ministeriums des Innern nach Polen, um über die Frage der Abreisemöglichkeit der durch die Sperre in Polen zurückgehaltenen Beamten zu verhandeln. Es besteht Aussicht, die Paßschwierigkeiten für die Durchreise nach Ostpreußen zu mildern.

Zwangsmaßnahmen, wie sie vorgeschlagen wurden, können natürlich nur auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Wir haben mit diesen schon einsetzen müssen, weil die Polen ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht nachgekommen sind. (Hört, hört!) Polen ist mit den Kartoffellieferungen gewaltig im Rückstand, Milch hat es überhaupt noch nicht geliefert, ebensowenig Gänse und Melassekutter. An Mineralöl hat Polen kaum den siebenten Teil geliefert. (Hört, hört!) Selbstverständlich haben wir nun auch die deutschen Lieferungen unterbrochen; Zwangsmaßnahmen stehen uns also nicht mehr zur Verfügung. Wir können nur durch den Ausbau der Verbindung über See mit Ostpreußen die Abschnürung ausgleichen und geben den Polen im übrigen zu bedenken, daß Polen und Deutschland aufeinander angewiesen sind, wobei Polen Deutschland sicher nötiger hat. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung wird alles tun müssen, um die Verbindung nach Ostpreußen und zu unsern dortigen Landsleuten technisch, wirtschaftlich und geistig möglichst eng zu gestalten. (Lebh. Beifall!)

Abg. Wolf-Tilsit, (Soz.): Die polnischen Schwierigkeiten sind ganz haarsträubender Art. Selbst den deutschen Abgeordneten Ostpreußens wurde die Durchreise schier unmöglich gemacht. Die Abschnürung Ostpreußens wirkt auf die Provinz Ostpreußen genau wie ein zehntägiger Generalstreik auf die Stadt Berlin. Die Bevölkerung Ostpreußens wendet sich entschieden gegen das rigorose Vorgehen der Polen, aber es sind die Früchte der jahrzehntelang betriebenen Polenpolitik. (Schultz-Bromberg: (Dnat.): Unerhört! Frechheit!) Herr Schultz hat kein Recht, sich dagegen aufzuregen, denn gerade die rechtsstehenden Parteien im Verein mit der konservativ-monarchischen Regierung haben die Polen zu der Haltung getrieben, die sie heute einnehmen. (Sehr richtig! links.) Meine politischen Freunde und ich verurteilen aber das Vorgehen der Polen aufs schärfste, und wir bitten die Regierung, mit Polen und der gesamten Entente erneut Verhandlungen aufzunehmen. Weiter richten wir an die polnischen Sozialisten die Bitte, daß auch sie ihrer Regierung begreiflich machen, daß uns solche Gewaltmaßregeln nur weiter auseinander bringen, die wir doch beide aufeinander angewiesen sind.

Abg. Heidfleck (Dem.): Ich bedaure außerordentlich, daß der Herr Vorredner die Angelegenheit in parteipolitischem Sinne behandelt hat. Wir müssen bei den Verhandlungen mit den Polen schärfere Töne finden, was wir dem neuen Außenminister angelegentlich empfehlen. (Beifall!)

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.): Die Regierung muß so schnell wie möglich beim obersten Rat in Paris die vertragswidrigen polnischen Maßnahmen durchkreuzen. Wenn der oberste Rat erreichen will, daß den Kundgebungen für Völkerbund und Recht Glauben geschenkt wird, dann muß er der polnischen Willkür ein Ende machen. Auch Danzig darf nicht länger unter polnischer Verkehrswillkür leiden. Der Seeverkehr nach Ostpreußen muß ausgebaut und staatlich subventioniert werden. Um die dazu nötigen 650 000 Brutto-Registertonnen fahren lassen zu können, ist eine entsprechende Aenderung des Friedensvertrags notwendig. Auch für die Abstimmungsberechtigten nach Ostpreußen muß die Seereise ermöglicht werden. Die Regierung muß sich zu einer tatkräftigen Intervention, im Notfalle auch zum militärischen Schutz bereit halten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Dohna (D. Vp.) und Abg. Schultz-Bromberg (Dnat.) verlangen von der Regierung eine energische Haltung gegen die Polen. Den Vorwurf des Abg. Wolf-Tilsit, (Soz.) daß die alte Polenpolitik an der heutigen polnischen Haltung schuld sei, weisen sie entschieden zurück. Die auswärtige Politik muß nach Bismarckschen Grundsätzen geführt werden.

Minister des Aeußern Dr. Köster: Keines der beiden Zusatzprotokolle vom 9. Januar gibt der polnischen Regierung die geringste Handhabe zu Forderungen über den Friedensvertrag hinaus. Wir werden niemals aufhören, Danzig und die Danziger in höherem Sinne als einen Teil unseres Staates und unseres Volkes zu betrachten, ohne aber zu dulden, daß unter dem Deckmantel nationaler Sentiments wirtschaftliche Schiebungen vorgenommen werden.

Reichskanzler Müller: Den Angriffen der Rechten gegen die Regierung wegen der Wahl des neuen Außenministers stelle ich die einfache Tatsache gegenüber, daß Herr Dr. Köster von all den Männern, die in Frage kamen, als der geeignetste betrachtet werden mußte. (Unruhe u. Zurufe rechts!) Wenn Sie (nach rechts) einen Bismarck in der Westentasche haben, dann heraus damit. (Sehr gut!) Wir können das Amt auch keinem Diplomaten anvertrauen, der bei aller Tüchtigkeit sich durch seine Tätigkeit unter dem kaiserlichen Regime im Ausland unmöglich gemacht hat. Und gegenüber dem Ruf nach Fachdiplomaten verweise ich darauf, daß die tüchtigsten ausländischen Staatsmänner, wie Millerand, Lloyd George, Nitti usw. auch keine diplomatische Vorbildung hatten. Die Herren von der Rechten und von der Vaterlandspartei haben darauf gedrungen, daß der Waffenstillstand sofort abgeschlossen werden müsse. Sie haben auch durch fortwährende Hintertreibung jeder Versöhnungspolitik das unglückliche Ende des Krieges heraufbeschworen. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Henke (U. Soz.): Gerade Herr Schultz müßte mit dem neuen Außenminister sehr zufrieden sein, der mir und meinen Freunden so nationalistisch ist, daß wir kein Vertrauen zu ihm haben können. Herr Schultz kommt es nur darauf an, in letzter Stunde noch eine nationalistische Hetze zu entfalten. Alles, was Polen uns heute zufügt, ist eine Folge des ihm früher zugefügten Unrechts. (Sehr richtig! links.) Polen läßt sich heute zweifellos von Revanchegelüsten und von kapitalistischen Interessen leiten, aber das ist nur die polnische Regierung, und darum müssen wir dem deutschen Volke sagen, daß es sich durch die verhängnisvolle Politik der polnischen Regierung nicht zu einem nationalistischen Haß verleiten läßt von Leuten, die es einst genau so gemacht haben.

Damit ist die Interpellation erledigt. Das Gesetz über die Verlängerung der Patentfristen wird in dritter Lesung angenommen. Ebenso das Reichsausgleichgesetz in zweiter und dritter Lesung.

Es folgt das Gesetz über die Veranlagung der Besitzsteuer. Der Aeltestenausschuß hat beschlossen, das Gesetz über die Besitzsteuer sei nicht mehr zu verabschieden, wohl aber die Veranlagungsbestimmungen, weil diese sich auch auf das geltende Besitzsteuergesetz und das Reichsnotopfer beziehen. Die Vorlage wird nach kurzer Erörterung in zweiter Lesung angenommen.

Nachträglich auf die Tagesordnung gestellt wird ein Antrag aller Parteien auf Gewährung von Teuerungszuschlägen für Eisenbahn- und Verwaltungsarbeiter.

Wie Abg. Kohut (Soz.) berichtet, schlägt der Hauptausschuß vor, die Regierung zu ermächtigen, die Teuerungszuschläge für die Eisenbahn- und Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preußischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind, auszuzahlen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth weist auf die finanzielle Tragweite des Antrags hin. Die Zuschläge betragen mindestens zwei Milliarden Mark. (Hört, hört!) Trotzdem muß dem Antrage zugestimmt werden. Der Folgen sind wir uns wohl bewußt. Wir stehen mitten drin in einer neuen großen Lohn- und Gehaltsbewegung. (Hört, hört!) Die erste Welle tritt hier in der Nationalversammlung in die Erscheinung, die zweite Welle wird ihre Wirkung bei der Reichsbesoldungsreform zeigen.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Man hatte uns mit dem allgemeinen Eisenbahnerstreik gedroht, um uns zur Bewilligung zu veranlassen. Gegen ein solches Vorgehen erheben wir entschieden Einspruch. (Beifall.) Dem Antrag stimmen wir zu, um den geordneten Fortgang des Wirtschaftslebens zu sichern. Unsre einzige Rettung ist die Erhöhung der Arbeitsleistung.

Verkehrsminister Dr. Bell: Die Streikandrohungen verurteile auch ich. Den Forderungen stimme ich zu, weil ich sie für sachdienlich halte.

Abg. Frau Kietz (U. Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu.

Abg. Kohut (Soz.) bestreitet Streikandrohungen der Eisenbahnarbeiter.

Abg. Macken (Zentr.): Wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir ihn für sachlich berechtigt halten.

Abg. Degerk (Dnat.): Früher war es nicht üblich, Milliardenforderungen im Handumdrehen zu erledigen. Das ist eine Errungenschaft des neuen Systems. Trotzdem stimmen wir zu.

Der Antrag wird angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Wahlvorlage. — Schluß gegen 9 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Staatstechnikerschaft und Besoldungsreform.

Auf Veranlassung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten fand am 20. d. M. im Saale von Ullrichs Bierpalast eine stark besuchte öffentliche Staatstechnikerversammlung statt, in der der Leiter der Abteilung „Staatstechniker des B. t. A. u. B.", Mühlenkamp-Berlin, über Besoldungsreform und Reichstarifvertrag für technische Angestellte bei Behörden referierte und in der folgende Entschließung angenommen wurde:

„Die Staatstechnikerschaft Leipzigs erhebt gegen die in der Regierungsvorlage des Beamtenbesoldungsgesetzes erfolgte Eingruppierung der technischen Beamten schärfsten Einspruch. Die Versammelten erwarten von der Nationalversammlung bezw. Sächsischen Volkskammer, daß die in der Eingabe des Bundes hinsichtlich der Eingruppierung gestellten Forderungen gewürdigt und berücksichtigt werden. Sollte aber, nachdem die Forderung auf Revision der Gruppeneinteilung durch Annahme einer entsprechenden Entschließung unter Zustimmung der Regierung bis zum 1. Oktober 1920 hinausgeschoben ist, eine Erhöhung der Einkommen der unteren und mittleren Gruppen nicht erfolgen, so erklären die Versammelten die Regierungsvorlage für unannehmbar. Die Versammelten erwarten, daß dieses Provisorium auf die gründliche Durchberatung der Besoldungsgesetze für die Länder keinen Einfluß hat. Endlich wird für die technischen Beamten und Angestellten die einheitliche Einführung technischer Berufsbezeichnungen für das ganze Reich im Einvernehmen und nach den Vorschlägen des Bundes der technischen Angestellten und Beamten gefordert."

Streik der Maschinisten und Heizer in der sächsischen Textilindustrie.

Die Maschinisten und Heizer in der sächsischen Textilindustrie sind — nachdem alle Bemühungen, einen zeitgemäßen Tarifvertrag zu erreichen, an dem Verhalten der Unternehmer scheiterten — an mehreren Orten Sachsens in den Ausstand getreten, heute morgen auch in Leipzig. Die Ausständigen appellieren an die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft. Ein Bericht über die Vorgänge, die zum Streik führten, folgt.

Von Nah und Fern.

Von einem polnischen Soldaten erschossen.

Berlin, 22. April. Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat ein polnischer Soldat bei Zoppot einen Fischer, dessen Boot etwas über die Danziger Grenze getrieben war, ohne weiteres erschossen.

Im Eise eingeschlossen.

Rotterdam, 22. April. Dem Nieuwen Rotterd. Courant zufolge beabsichtigt die englische Regierung, einen Eisbrecher zu entsenden, um einem Schiffe, das in der Karabucht eingeschlossen ist, zu Hilfe zu kommen. An Bord des in Not geratenen Schiffes befinden sich 800 Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder. Anfang April war von Moskau drahtlos um Hilfe für das Schiff gebeten worden.

Aus dem Zuchthaus ausgebrochen.

Breslau, 20. April. Aus dem Zuchthaus in Striegau sind der Schlesischen Zeitung zufolge 19 Schwerverbrecher entwichen, darunter zwei, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt sind. Die Flüchtlinge waren nur notdürftig bekleidet. Auch aus dem Landeshuter Gefängnis sind ein Straf- und ein Untersuchungsgefangener entkommen, die den Gefängniswärter überfallen, gefesselt und sich der Schlüssel bemächtigt hatten.

Ein Millionen-Metalldiebstahl.

Frankfurt, 19. April. In einer Fabrik in der Kurfürstenstraße in Bockenheim wurde Montag früh Platindraht im Werte von zwei Millionen Mark gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pilz, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Poeschel & Trepte, Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Dem Kaufmann und Düngemittelhändler
Gustav Rudolf Müller in Leipzig-Plagwitz, Merseburger Straße 3,
ist auf Grund von § 1 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 der Handel mit künstlichen Düngemitteln wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden. Gew.-A. Ib 575 20.
Leipzig, 13. April 1920.
Der Rat der Stadt Leipzig.

2500 Mark Belohnung!

Gestohlen worden sind in der Nacht zum 21. April 1920 aus einem Bureau in der Karlstraße
1 Remington-Schreibmaschine, System 11, Nr. 19088
1 „ „ 10 „ 19340
(bei einer dieser Maschinen fehlen beide Farbbandkurbeln),
1 Continental-Schreibmaschine, Nr. 34 951
1 „ „ 53 377
1 Empire- (Adler-) Schreibmaschine Nr. 1716
sowie
1 dunkles, graumeliertes Herrenjackett mit grauem Futter,
1 schwarzes Lüsterjackett und
1 dunkelblaues, guterhaltenes Jackett mit dem Namen R. Fischer im Henkel.
Auf Wiedererlangung der gestohlenen Schreibmaschinen und Ermittelung der Täter sind vom Geschädigten 2500 Mark Belohnung ausgesetzt worden.
Sachdienliche Beobachtungen wolle man schnellstens der Kriminalabteilung mitteilen zu Kr.-V.-A. III. 1327/20.
Leipzig, den 21. April 1920.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Landbezug von Briketts und Naßpreßsteinen für Haushaltungen.

1. Vom 1. Mai bis auf weiteres wird der Landbezug von Briketts und Naßpreßsteinen zugelassen und zwar
von Briketts oder Naßpreßsteinen
auf die Marken C 1 bis F 5 der Hauptkohlenkarte
auf die Marken A 1 bis A 5 der grauen Zusatzkarte
von Naßpreßsteinen
auf die Marken A 1 bis A 5 der blauen und violetten Zusatzkarte.
Für Naßpreßsteine werden die Kohlenmarken mit der doppelten Menge bewertet.
Für Briketts können Landbezugsscheine über 5, 10, 20 und 25 Zentner, für Naßpreßsteine solche über 10 und 20 Zentner, und wenn auf entsprechende Menge Briketts verzichtet wird, solche über 30, 40, 50 und 60 Zentner beantragt werden.
2. Die Anträge sind bei der Ortskohlenstelle, Gerberstraße 3, I. Obergeschoß, Zimmer 45, zu stellen. Vorzulegen sind die oben genannten Kohlenkarten, Kohlenkartenausweis und **schriftliche Lieferbereitschaft** des Werkes. Sofern die Anträge durch Kohlenhändler gestellt werden, haben diese Kohlenkarten, Kohlenkartenausweis und schriftliche Antragserteilung des Antragstellers über Menge und Art (Briketts oder Naßpreßsteine) des zu liefernden Brennstoffes einzureichen.
Die Landbezugsscheine werden auf den Namen des Haushaltungsvorstandes ausgestellt und sind nicht übertragbar.
3. Die Brennstoffe sind nur dem Haushalte zuzufahren, dessen Landbezugsschein für die betr. Menge dem Werke abgegeben worden ist.
4. Die Anträge werden nach der Reihenfolge des Eingangs erledigt. Durch Stellung des Antrages wird jedoch ein Anspruch auf Ausstellung eines Landbezugscheines nicht begründet.
5. Die Gebühr für die Ausfertigung der Landbezugsscheine beträgt für jeden Zentner 20 Pfg.
6. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden auf Grund von § 32 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Leipzig, am 21. April 1920.
O.-K.-St. 1914. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Oeffentliche Gesamtsitzung der Handelskammer Leipzig.

Montag, den 26. April 1920, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaale der Sächsischen Staatseisenbahn, Hauptbahnhof, Eingang sächsische Seite, gegenüber den Bahnsteigen 24 und 25.

Tagesordnung:
1. Mitteilungen des Vorsitzenden.
2. Haushaltplan der Kramerstiftung und der Oeffentlichen Handelslehranstalt für 1920/21.
3. Haushaltplan des Börsengebäudes, der Börse und der Handelskammer für 1920/21.
4. Wahl eines Börsenvorstandsmitgliedes.
5. Erhöhung des Beitrages für die Handelshochschule.
6. Der Staatsvertrag über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.
7. Stellungnahme der Sächsischen Regierung zum Elster-Saale-Kanal-Projekt.
8. Aussprache über das Ernährungsproblem im Wirtschaftsjahre 1920/21.
9. Aussprache über die Bedeutung der verschiedenen Gehalts- und Lohnsysteme.

Die Handelskammer.
Schmidt, Vorsitzender. Dr. jur. Wendtland, Syndikus.
Leipzig, den 20. April 1920. Zie./Gü.

Sparkasse Wahren.
Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

Sparkasse Gautzsch
Wegen Reinigung
am 26. und 27. April geschlossen.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Sonntag, den 25. April, vormittags 9 Uhr, im Pantheon, Dresdner Str.

Fortsetzung der Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Genossen Lehmann über den Jahresabschluß der Leipziger Buchdruckerei A.-G.
2. Reihenfolge-Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl.
3. Aufstellung der Kandidaten zur Volkskammerwahl.
4. Kreisangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch.
Der Hauptvorstand. Johann Scheib.

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig

Gerberstrasse 1, III., Zimmer 31.
Sonnabend, den 24. April, abends 6 Uhr:

Versammlung sämtl. Vertrauensleute

im Volkshaus, Gesellschaftssaal.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Ortsverwaltung.
Das Bureau befindet sich Gerberstraße 1, III., Zimmer 31.

Leibbinden
Frauenspritzen
Irrigatoren
Gummischl.
und andere Gummiwaren
zur Wochen- u. Krankenpflege
Altmann Lindenau
Obermannstr. Nr. 2, II.
Damenbed. [*

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Leipzig. Turnverein Eiche (Abteilung Nord-West). Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Donath, Promenadenstraße 31, **Gründung einer Alters-Abteilung.** Hierzu ladet alle Turn- und Arbeitsgenossen, welche dieser Abteilung beitreten wollen, höflichst ein
Die Abteilungsleitung.

Südgruppe. Am 25. April **Jugendwanderung.** Die Vereine treffen sich nach 2stündiger Wanderung nachmittags 3 Uhr in Zöbigker (Spielplatz). **Die Gruppenleitung.**

Westgruppe. Sonntag, den 25. April, **Jugendwanderung** nach Markranstädt. Die Vereine setzen ihre Abmarschzeiten so an, daß sie vormittags 9 Uhr in der Turnhalle der Freien Turnerschaft, Krakauer Str. 26, eintreffen. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Gruppenleitung.**

Großzschocher. Turnverein. Freitag, 23. April, **Versammlung.** — Erscheinen aller, auch der Fußballspieler, dringend erwünscht.
Der Turnrat.

L.-Connewitz. Turnverein Vorwärts Leipzig-Süd. Freitag (nicht Sonnabend), den 23. April, findet im Eiskellerpark unsere, wegen des Kapp-Putsches verlegte, **Osterfeier mit Lichtbildervortrag** statt. — Wir bitten um Unterstützung seitens der Arbeiterschaft und vollzähliges Erscheinen unsrer Mitglieder. — Eintritt für Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pfg. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. — Nach Schluß des Programms ein gemütliches **Tänzchen.**

Schönefeld. Turnerbund, Schulturnhalle Stöckelstr. **Turnplan-Aenderung** ab 26. April:
Turnerinnen: Montags u. Mittwochs ½8—½10 Uhr
Turner: Dienstags u. Donnerstags ½8—½10 Uhr
Vorturner: Freitags (Sächsischer Hof)
Schülerinnen: Montags u. Mittwochs 6—½8 Uhr
Schüler: Dienstags u. Donnerstags 6—½8 Uhr
Spieltage:
Fußballspieler: Mittwochs
Turner: Sonnabends u. Sonntags } an der Schule
Voranzeige:
Himmelfahrt: **Tagesausflug** n. d. schwarzen Berg.
Zu allen Veranstaltungen laden wir die Schönefelder Einwohner herzlichst ein **Der Turnrat.**

Paunsdorf. Freie Turnerschaft. Fußball-Abteilung. Donnerstag, den 22. April, abends ½8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Restaur. Goldner Stern.
Sonnabend, 24. April, **Großer Frühjahrs-Ball** im Alten Gasthof, Paunsdorf. Einlaß ½6 Uhr, Anfang 6 Uhr. — Alle Turn- und Sportgenossen ladet hierzu freundlichst ein **Der Vorstand.**

Borsdorf u. Umg. Freie Turnerschaft. Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Rosenschlößchen. Bericht über die Spielplatzfrage. — Erscheinen aller ist Pflicht. **Der Turnrat.**

Arbeiter-Athleten-Bund

Bezirk Leipzig. Montag, den 26. April, abends Punkt 7 Uhr **Bezirks-Versammlung** im „Schiffchen", L.-Volkmarsdorf. — Zahlreiches Erscheinen wünscht **Die Bezirksleitung.**
Sonnabend, den 24. April 1920, im Pantheon, Dresdner Str., **Großer Ball** (Klopfer kommt!). Anfang 6 Uhr. Eintritt einschließlich Garderobe 1.10 Mk. — Freunde und Gönner ladet ein
Die Bezirksleitung.

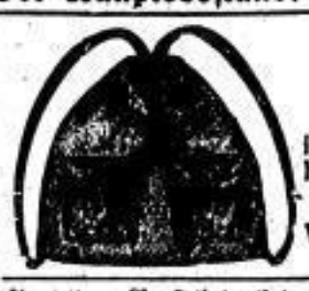
Radfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Markranstädt. Sonntag, 25. April, **Familienausflug** nach dem Bienitz. Abmarsch 1 Uhr vom Vereinslokal (Gute Quelle). Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Frisch auf, Naunhof. Sonntag, den 25. April, in den Räumen des Gasthofes zum Goldnen Stern in Naunhof, **Großes Frühjahrs-Vergnügen,** bestehend in Reigen-Aufführungen und Ball. Anfang 4 Uhr. Alle Partei- und Sportgenossen sind freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Leipzig. Sonntag, 25. April, findet am „Heitern Blick" eine **Gelände-Uebung** statt. Treffpunkt: 2 Uhr Eisenbahnstraße, Ecke Torgauer Str. Uebungsmaterial ist mitzubringen. Nach der Uebung **Geselliges Beisammensein** im Gasthof. — Das Erscheinen aller ist erwünscht. **Artur Ebermann,** Vors.


Rucksäcke
in solider, dauerhafter Ausführung **Lederriemen** Eigene solide Fabrikate
Karl Blaich
Windmühlenstraße 32 Taucher Straße 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel.

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Dorl,** nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. [*

Chemische Düngemittel
für Garten und Feld, in verschiedenen Qualitäten, verk.
Rudolf Müller
Merseburger Straße 3. [*

Rügener Schlemmkreide
Streichfertige Oel- und Lackfarben
reinen Leinöl-Firnis
Kg. 44 Mk. empfiehlt
L. O. Kaspar Nachf.
Plagwitz,
Zschochersche Str.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig. **Kindervorstellung.** Freitag, den 23. April 1920 findet für die Kinder unsrer Genossen zu ermäßigten Preisen ein Puppentheater „**Papa Kleinortz**" im Auguste-Schmidt-Haus statt. Treffpunkt der Kinder, nachmittags ½2 Uhr, im Volkshaus. Jedes Kind hat 50 Pfg. mitzubringen. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.** *

K. P. D.

Bezirk Zentrum
Heute abend 7 Uhr bei Zumpe, Ecke Mittelstraße und Friedrich-List-Straße
Wichtige Besprechung!
Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Ortsverein L.-Ost

Der **Frauen-Diskussionsabend** muß andrer Parteiveranstaltungen wegen **heute ausfallen.** Er findet **Donnerstag, den 29. April,** abends ½8 Uhr, in der **Silberpapel** statt. **Der Vorstand.**

Krystall-Palast
Ab morgen Freitag, 23. April
Die Prüfung der Nacht
Ergreifendes Film-Drama in 5 Akten.
Sherlock Holmes
in
John Barrens und seine Geliebte
Ein spannender Detektiv-Film in 4 Akten.
Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Verlängerung unmöglich!
Heute unwiderruflich letzter Tag!
Nur der Besuch der Nachmittags-Vorstellung um 3½ Uhr bietet Gewähr für gute Plätze.
Das Riesen-Monumental-Sensations-Filmwerk:
New York Paris
Der grösste Spionage-Konzern der Welt.
8 Eine Sensation in Riesen-Akten 8
Beginn jeweils 4, 6.10, 8.20 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Verstärktes Orchester.
Kammer-Lichtspiele
Windmühlenstrasse 7, am Königsplatz

Familien-Nachrichten

Durch Unglücksfall verschied plötzlich mein lieber treusorgender Mann, unser guter Vater, der Maurer
Kurt Gotthardt gen. Becker
im 45. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Frau Lina verw. Gotthardt nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, ½12 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofs aus statt.

Gesangverein Harmonie, L.-Lindenau
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.

Durch Unglücksfall verschied plötzlich unser Sangesbruder
Kurt Gotthardt gen. Becker.
Wir verlieren in ihm einen unsrer Besten, einen edlen Sänger. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden. **Der Vorstand.**
Beerdigung find. Sonnabend, 24. April, ½12 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofs aus statt.

Statt Karten. Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unsrer lieben Entschlafenen
Ella Symanski
sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank.
Paul Symanski nebst Hinterbliebenen.

Kriegerheimstätten Geldlotterie
50 000 Mk.
25 000 „
15 000 „
10 000 „
5000 „
usw.
Ziehung: 26.—30. April 1920
Jedes Los 2 Mk.
Postg. u. Liste 60 Pf. Nachn. 50 Pf. teurer
Hauptvertrieb:
Invalidendank für Sachsen, Leipzig. *
Universitätsstraße 4.
Alle Verkaufsstellen durch Plakate kenntl.

Familien-Nachrichten

Ewald Weisse
Anni Weisse
geb. Wittig
grüßen als Vermählte
Plagwitz und Strelln
22. April 1920

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. April.

Parteiangelegenheiten.

Achtung! Landesversammlung U. S. P.!

Die Landesversammlung der U. S. P. findet am **Freitag, dem 23. April, in Leipzig, vormittags 10 Uhr, im Volkshause (Gesellschaftssaal)** statt.

Der Landesvorstand U. S. P. Sachsen.
R. Lipinski.

•

Achtung, Funktionäre!

Die mit dem Vertrieb der Maigedenkblätter beauftragten Funktionäre der Partei und Gewerkschaften werden ersucht, die noch in ihren Händen befindlichen und nicht mehr benötigten Gedenkblätter sofort an die Ausgabestellen zurückzugeben.

Das Maikomitee.

•

L.-Möckern. Freitag, den 23. 4., **Funktionärsitzung** im Carolabad ½8 Uhr. Die Agitationskommission wird ersucht, bereits um 7 Uhr zu erscheinen.

Aus dem Stadtparlament.

Der wichtigste Beratungsgegenstand der gestrigen Sitzung war die Vorlage über die Ueberführung der städtischen Schule für Frauenberufe in die Reihe der städtischen höheren Schulen. Die Bedeutung dieser Umwandlung wird noch näher zu würdigen sein. Die gestrigen Verhandlungen brachten ein von gründlicher Sachkenntnis zeugendes Referat des Stadtv. Fr. **Sander**, dem sich eine längere Aussprache anschloß, in der die Genossen **Pabst** und **Freitag** die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie vertraten. Die von der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge verlangten Schulgeldfreiheit, um die Käuflichkeit der Bildung zu beseitigen. Die Anträge wurden auch gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen, was freilich noch nicht ihre Durchführung bedeutet, denn der Rat ist dagegen.

Bei der Beratung über die Lohnregulierung der Straßenbahner beantragte Genosse **Teichgräber** im Auftrage unsrer Fraktion, alle Straßenbahnarbeiter bei der Nichtanrechnung von Vorschüssen aus dem Jahre 1919 gleichmäßig zu behandeln. Nach den Ratsbeschlüssen haben einzelne Straßenbahner 150 Mk., andre aber 300 Mark Vorschuß erhalten, der ihnen jetzt gestrichen wird. Das läuft auf eine völlig ungleichmäßige Teuerungszulage hinaus, die durch den Antrag beseitigt werden sollte. Der Antrag wurde zur Vorberatung den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ein Dringlichkeitsantrag, den Stadtv. Dr. **Junck** begründete, wollte den Rat ermächtigen, den Beamten auf die neu zu erwartende Teuerungszulage einen Vorschuß von 50 Prozent eines Monatsgehalts auszuzahlen. Der Antrag wurde überflüssig und daher zurückgezogen, weil der Oberbürgermeister erklärte, die Gehaltszahlung solle nicht erst am 1. Mai, sondern acht Tage früher erfolgen. Gegen die vom Stadtv. Dr. Junck gewünschte Regelung sprachen die schweren Bedenken, daß die Stadtverordneten einer Teuerungszulage zustimmen sollten, ohne daß ihr eine Vorberatung vorausgegangen war.

Die schon einmal zurückgestellte Beratung über den Ankauf von Schußwaffen für Polizeibeamte fand ihren Abschluß in der Zustimmung für den Ankauf, doch sollen nur die Beamten Waffen erhalten, die im Außendienst beschäftigt werden.

Bei der Bewilligung von Mitteln für die städtische Speiserestabfuhr verlangte Genosse **Krug**, daß auch für die Arbeiterinnen dieses Unternehmens der Achtstundentag eingeführt werde.

Unter den Eingaben verdient die des Besitzers vom Hotel Kaiserhof hervorgehoben zu werden, die Schutz und Hilfe gegen die Nosketruppen verlangt; wir werden darauf noch näher zurückkommen.

Wieder Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Den Ratsbeschlüssen entnehmen wir: Die Arbeiter der Leipziger Straßenbahn (Werkstätten-, Strecken- und Fahrpersonal) haben den durch Schiedsspruch vom März dieses Jahres festgesetzten Lohntarif für 28. April d. J. gekündigt und durch ihre Verbandsvertretung Lohnforderungen gestellt, die für die Straßenbahn einen Mehraufwand an Löhnen in Höhe von 27 Millionen Mark auf das Jahr gerechnet ausmachen würden. Sie fordern gegenüber einem bisherigen Lohn von 3.35 Mk. für die Stunde rund 6 Mk. Stundenlohn. Der Rat hat sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß, nachdem inzwischen die Große Leipziger Straßenbahn rechtlich und tatsächlich als Ganzes auf die Stadtgemeinde übergegangen ist, die Straßenbahnarbeiter genau so zu stellen sind wie die übrigen städtischen Arbeiter und nach demselben Tarif bezahlt werden, der jüngst für die Gemeindearbeiter festgesetzt worden ist und nach dem

der gelernte Arbeiter 4.60 Mk.,
der angelernte Arbeiter 4.40 Mk. und
der ungelernte Arbeiter 4.20 Mk.

für die Arbeitsstunde erhält. Der bei Gleichstellung der Straßenbahnarbeiter mit den städtischen Arbeitern erwachsende Mehraufwand beträgt gegenüber den bisherigen Bezügen rund 13½ Millionen Mark.

Da nach dem Haushaltplan der Straßenbahn für 1920/21 dieses Wirtschaftsjahr voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 13¼ Millionen Mark abschließen würde und ferner der Fehlbetrag des Jahres 1919 in Höhe von 3½ Millionen Mark im Wirtschaftsjahre 1920/21 mit zu decken ist, so würde sich für das laufende Wirtschaftsjahr der durch Mehreinnahmen zu deckende Fehlbetrag von 16¾ Millionen Mark um die erwähnten 13½ Millionen Mark Mehrforderung der Straßenbahnarbeiter auf rund 30 Millionen Mark erhöhen. Um ihn nach Möglichkeit zu decken, wurde beschlossen, die Fahrtarife wie folgt zu erhöhen und zu ändern:

Bartarif:

Fahrkarten ohne Umsteigen 60 Pfg., Fahrkarten mit Umsteigen 80 Pfg., Knipskarten für 11 Fahrten ohne Umsteigeberechtigung 6 Mk., Schülerkarten für Schüler bis zum 15. Lebensjahr 15 Mk. monatlich. An Zuschlägen sollen erhoben werden auf alle Fahrten a) an Sonn- und Wochenfeiertagen 20 Pfg., b) an allen Tagen bei Fahrtantritt nach 9 Uhr abends 30 Pfg.

Monatsanrechtskarten für Erwachsene und Knipskarten mit Umsteigeberechtigung sollen nicht mehr ausgegeben werden.

Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Wir sind der Ansicht, daß hier **weit** mehr gefordert als gebraucht wird. Wie im Reiche, so versucht man auch hier durch möglichst hohe Tarife den **Verkehr einzuschränken**. Daß diese Methode völlig verkehrt ist, brauchen wir nicht ausführlich darzulegen. Es muß vielmehr alles getan werden, um den Verkehr auszubauen, denn nur so kommen wir allmählich aus der heillosen Wirtschaft heraus. Die Ratsvorlage wird daraufhin genau nachzuprüfen sein. Obwohl kürzlich die Stadtverordneten für die Beibehaltung der Monatsanrechtskarten stimmten, fordert der Rat wieder ihre Beseitigung. Hoffentlich lehnt man auch diesmal seinen Antrag ab, denn die Gründe, die vor kurzer Zeit für die Stadtverordneten maßgebend waren, bestehen noch. Ganz unerhört ist der hohe Zuschlag nach 9 Uhr abends. Er beeinträchtigt besonders das Vereins- und Versammlungsleben. In der vorliegenden Fassung ist die Vorlage unannehmbar.

Ein Bierstreik der Gastwirte.

Am Mittwoch nahmen die Leipziger Gastwirte zu den neuen Bierpreisen der Brauereien in einer Massenversammlung im Friedensfels Stellung. Der Brauereiverband hat die Bierpreise um 100 Prozent erhöht, ohne vorher den Wirtevereinigungen irgendeine Mitteilung zugehen zu lassen. Von der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte wurde in der Versammlung ein Antrag auf entsprechende Erhöhungen der Ausschankpreise gestellt, die aber für bedenklich gehalten wurden, weil sonst kein Mensch mehr Bier trinken würde. Einfachbier sollte mindestens 1.20 Mk. das Glas und Bayrischbier 1.50 bis 1.75 Mk. kosten. In der Aussprache traten mehrere Redner für einen Kampf mit den Brauereien ein; auch die Regierung wurde angegriffen, weil sie den 100prozentigen Aufschlag auf Antrag der norddeutschen Brauereien genehmigt habe, obwohl die bayrischen Brauereien erklärt hätten, daß ein 25prozentiger Zuschlag genüge. Von den verschiedenen Anträgen fand der auf Einstellung des Bierbezugs, bis die hiesigen Brauereien mit der Arbeitsgemeinschaft verhandeln, mit etwa Dreiviertelmehrheit Annahme. Die **Polizeistunde** in Leipzig wird, nach Mitteilung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, in Kürze bis ½12 **Uhr** verlängert werde.

Zum Volkshausbrand.

Welche große Sympathie der Leipziger Arbeiterschaft entgegengebracht wird, zeugt davon, daß sich das gesamte Gewandhausorchester unter der Leitung des Prof. Lohse erboten hat, zugunsten der durch den Volkshausbrand geschädigten Gewerkschaften **völlig unentgeltlich** ein großes Sinfoniekonzert zu geben. Ebenso haben einige große Solisten ihre Mitwirkung zugesagt. Das Konzert findet am Dienstag, dem 4. Mai, abends ½8 Uhr, in der Alberthalle statt. Der Eintritt beträgt pro Person 5 Mk. Die Organisationen werden gebeten, diesen Tag freizuhalten, an die Arbeiterschaft ergeht der Ruf, die Alberthalle bis auf den letzten Platz zu füllen. Die Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Eine geheimnisvolle Sache.

Der Sergeant **Heinrich** beim Reichswehrbataillon in Borna verlangte vor zirka 14 Tagen von seinem Truppenteil Urlaub. Als ihm dieser nicht gewährt wurde, drohte er damit, die Wahrheit über die Brandlegung des Leipziger Volkshauses zu verbreiten. Die zur Zeit in Borna garnisonierende Reichswehr unterstand nämlich dem bekannten **Rittmeister Merz** und führte am 19. März den Sturm auf das Volkshaus aus. Als auch die Drohung nichts fruchtete, verließ Heinrich eigenmächtig den Truppenteil.

Daraufhin wurde das ganze Bataillon alarmiert. Berittene Reichswehrleute fahndeten nach dem Sergeanten, der sich in die Bornaer Braunkohlen- und Brikettwerke flüchtete und sich unter den Schutz der Bergarbeiter stellte. Die Versuche der Reichswehr, ihn dort herauszuholen, scheiterten an der entschlossenen Haltung der Bergleute, die den Soldaten den Zutritt zum Werk verwehrten. Schließlich gelang es einem Gendarmen, den Sergeant Heinrich zu verhaften und ihn der Garnisonarrestanstalt zuzuführen.

In der Bergarbeiterschaft entstand nun eine große Erregung, da der Sergeant Einzelheiten über die Brandstiftung im Leipziger Volkshause erzählt hatte. Ganz besonders gegen den Rittmeister Merz richtete sich das Mißtrauen. In der folgenden Stadtverordnetensitzung in Borna brachten dies unsre Genossen zur Sprache und forderten, daß die Stadtverwaltung ihren Einfluß geltend mache, daß Merz beseitigt werde. Das sei um so nötiger, als die Bergleute widrigenfalls mit Arbeitseinstellung gedroht hätten.

Einige Tage später wurde Rittmeister Merz beurlaubt.

Wir fragen: Was ist geschehen, um Klarheit über die Brandlegung des Leipziger Volkshauses zu schaffen? Was geschieht mit dem Sergeant Heinrich? Soll hier ein unliebsamer Zeuge mundtot gemacht werden? Die Umstände bei dessen Verhaftung deuten sehr darauf hin.

Hausbesitzer und Zeitfreiwillige.

Kürzlich hielt der Hausbesitzerverein von **Lindenau** seine Monatsversammlung ab. Zum Bericht der Hauptversammlung des Verbandes von Leipzig wurde mitgeteilt, daß der **Verband** an die Zeitfreiwilligen 3000 Mk. **zur Unterstützung Verwundeter** und Hinterbliebener gegeben habe. Der Vorsitzende Apotheker Köhler **lobte** die Zeitfreiwilligen über alles und betonte ausdrücklich, wenn die Zeitfreiwilligen nicht gewesen wären, stände vielleicht das Thomas-, Süd- und Ostviertel nicht mehr, sie hätten für Ruhe und Ordnung in Leipzig gesorgt. Er schlug vor, eine Summe von 100 Mk. zur Unterstützung zu bewilligen. Das war Herrn Zigarrenhändler Franz **Pretzsch**, Plagwitz, Lauchstädter Straße, wie aus seinem Zuruf hervorging, zu wenig. Es wurden 200 Mk. beantragt. Nicht ein einziger erhob Widerspruch. Der Vorsitzende meinte, da sich kein Protest erhebe, nehme er die **Zustimmung** der Anwesenden an. Dann wurden die letzten Unruhen besprochen. Es wurde erörtert, wer die Schäden zu tragen habe usw. Im allgemeinen wurde es verurteilt, daß die Stadtverordneten und die Regierung dem Volkshaus Gelder geliehen und den Hausbesitzern nichts bewilligt habe. Das sei mit zweierlei Maß gemessen. Ueber die **kommenden Wahlen** sprach man sich dahin aus, daß die **Hausbesitzer eine Liste aufstellen** sollten. Bevor dies geschehe, soll eine Kommission nach Berlin zum Zentralvorstand fahren und anfragen, ob es ratsam sei, eigene Listen aufzustellen. Der Vorsitzende meinte, durch die Vorkommnisse in Leipzig und den Terror der Arbeiter werden ohne weiteres die **guten besonnenen Elemente** der Arbeiter für ihre Liste stimmen. Die Herren werden ihr blaues Wunder erleben, wenn sie mit einer eigenen Liste kommen.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Leipzig im Monat März 1920.

Vom Arbeitsamt II wurden im Monat **März** 1920 an 11754 (im Februar 12451) Erwerbslose insgesamt 4342341.24 Mk. (3521869.80 Mk.) **Erwerbslosenunterstützung** gezahlt. Hiervon gelangten 3140091.21 Mk. (2682369.63 Mk.) an den Kassenstellen des Arbeitsamtes und 1202750.03 Mk. (1139500.17 Mk.) durch die hierzu beauftragten Verbände zur Auszahlung. An 104 (133) Angehörige der **Textilbranche** wurden 19292.78 Mk. (17666.85 Mk.) gezahlt. — An 93 (109) hier in Leipzig wohnhafte **Ausländer** wurden 18156.70 Mk. (22390.03 Mk.) Erwerbslosenunterstützung gezahlt. — Erstmalig Antrag auf Erwerbslosenunterstützung einschließlich Lohnzuschuß-Unterstützung stellten 4124 (3502) Personen. Zuschußunterstützung bei verkürzter Arbeitszeit wurde in 1685 (1088) Fällen an 883 (344) männliche und 242 (110) weibliche Personen gezahlt. 14 (47) Erwerbslosen, die in die Landwirtschaft übergegangen sind, wurden Reise- und Umzugskosten gewährt. — In 22 (18) Fällen mußten infolge strafbarer Handlungen der Erwerbslosen (Betrug, Urkundenfälschung usw.) Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet werden. — Aus verschiedenen Gründen mußte 413 (260) Personen die beantragte Unterstützung versagt werden. — Vor dem Untersuchungsausschuß gelangten 187 (96) Fälle zur Entscheidung, während 33 (13) Fälle dem Fürsorgeausschuß zur weiteren Entschließung vorgelegt werden mußten. In 33 (28) Fällen wurde die Entscheidung der Kreishauptmannschaft angerufen. — In 178 (931) laufenden Sachen wurde die hier verauslagte Unterstützung von den zuständigen unterstützungspflichtigen auswärtigen Gemeinden zurückgefordert und in 125 (190) Fällen zurückgezahlt, während bei 27 (246) Anträgen, in denen von hier aus den auswärtigen Gemeinden die Rückerstattung zugesichert wurde, in 25 (310) Fällen eine Erstattung der verauslagten Unterstützung an diese Gemeinden erfolgte.

Arbeiter-Bildungsinstitut. Die am 25. März ausgefallene Vorstellung Judith wird Dienstag, den 27. April, abends ½7 Uhr, im Alten Theater nachgeholt. Die Theaterkommission.

Sprengung einer Mine auf dem — Friedhof. Auf dem alten Johann-Friedhof, Rabensteinplatz, erschienen kürzlich Noskiden, um nach — Waffen zu suchen. Einige Tage darauf kamen wieder drei Soldaten; sie brachten eine Mine (Blindgänger) mit, die von ihnen vergraben wurde. Der Vorgang wurde zur Meldung gebracht. Deshalb erschien, von Dresden kommend, ein Feldwebel, der das Ding wieder ausgrub. Am Tage darauf wurden die Spaziergänger vom Friedhof gewiesen. Neugierig sammelten sich Passanten am Tor außerhalb des Friedhofs an. Ahnungslos saßen viele Menschen auf Bänken des Platzes. Ahnungslos gingen die Passanten den Täubchenweg entlang, durch das Staket in den Friedhof blickend. Plötzlich **explodierte die Mine**, 15 Meter vom Friedhofstor entfernt. Sie war gesprengt worden. Und das geschah um 3 Uhr nachmittags. Die Reichswehr weiß noch Pietät zu wahren und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wäre die Mine in der Erde geblieben, so hätte das später einer Anzahl Menschen das Leben gekostet. Was kümmert das aber einen Noskiden.

Räumung der inneren Stadt durch die Zeitfreiwilligen. Der Presse wird mitgeteilt: Die zur Zeit im Stadtinnern von Teilen des Zeitfreiwilligenregiments belegten Gebäuden werden am 22. April vormittags geräumt werden. — Die Zeitfreiwilligen haben auch in den Vororten nichts mehr zu suchen. Ihr Regiment ist nach dem Beschlusse der Reichsregierung aufzulösen, und dieser Beschluß hätte bereits durchgeführt sein müssen.

Spitzel. Zu unserm gestrigen Artikel teilt uns Herr Albert Wittig mit, daß die Angaben, die wir gemacht haben, zutreffend sind. Er habe der Volkswehr angehört, und er sei dann zur Reichswehr gegangen, aber nur mit der Absicht, Beobachtungen zu machen. Er habe allerdings auf eigne Faust gehandelt und keinem darüber Mitteilungen gemacht. Ein Spitzel der Reichswehr sei er nicht. Er gibt zu, daß sein Verhalten Verdacht erregen konnte, aber er habe in der besten Absicht gehandelt.

Muß das sein? Man schreibt uns: Im Interesse der armen Bevölkerung Leipzigs ist es notwendig, daß die traurigen Verhältnisse, die bei der **Ausgabe von Bezugsscheinen für Nesselstoff** bei der Kriegsbekleidungsstelle herrschen, in der Oeffentlichkeit besprochen werden. Ich ging am 20. April, morgens nach 7 Uhr, zum Rathaus, um mir einen solchen Schein ausstellen zu lassen. Hier fand ich schon ca. 1000 **Interessenten** vor. Die Abfertigung geschieht in **einem** Zimmer. Viele müssen nach vielstündigem Warten unverrichteter Dinge nach Hause gehen. Während ich mich dort aufhielt, fielen Frauen in Ohnmacht. Warum wird die Ausgabe **dieser** Scheine nicht in Bezirke verteilt? Es ist eine Schmach, daß mit der armen Bevölkerung so umgesprungen werden kann.

Rettungsgesellschaft zu Leipzig. Im März wurden 575 Unfall-Krankentransporte und 1170 Hilfeleistungen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen seitens der Sanitätswache erledigt. Straßenunfälle waren 281, Betriebsunfälle 299, innere plötzliche Erkrankungen 280. In 25 Fällen konnte nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden. In den übrigen 265 Fällen lagen Verletzungen vor, die sich im Haushalt usw. ereignet hatten. Besonders schwere Verletzungen (Knochenbrüche usw.) kamen 382 zur Behandlung.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im Monat März 1920 wurden 185 Verkäufe von bebauten Grundstücken (Kaufsumme 88 765 710 Mk.) und 13 Verkäufe von unbebauten Grundstücken (Kaufsumme 1 196 962.71 Mk.) vorgenommen.

Das Naturkundliche Heimatmuseum (Tröndlinring 1, Gewerbeausstellung) veranstaltet am Sonnabend, früh 7 Uhr, 3 Vormittagsführungen in die Natur zum Kennenlernen der Vogelstimmen (Führer: P. Eisert, M. Kirchner, P. Wittich). Der Treffpunkt und die Zeit der vorbereitenden Führung im Museum sind aus den Eingeichnungslisten zu ersehen, die Donnerstag und Freitag von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr (Freitag abends außerdem von 6 bis 9 Uhr) im Museum ausliegen. — Freitag, abends ¼7 Uhr, findet ein erdgeschichtlicher Führungsvortrag in der Schausammlung statt: Aus der Zeit, in der der Rochlitzer Berg entstand.

Sozialistischer Lese- und Lesedend. **Freitag**, 23. April, abends 8 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus Vortrag des Genossen **Lamey**: Christentum und Sozialismus. **Sonntag**, 25. April, abends 7½ Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus: **Literarischer Abend.** (Proletarische Novellen. Leitung: Gen. **Jensen**-Berlin.)

Lebensmittelkalender für Freitag den 23. April.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Butter und Kunstspeisefett: abzugeben Landesfettmarke L 1 (90 g Butter und 70 g Kunstspeisefett); Fettmarke 15 für Kriegsgefangene (50 g Butter); Sonderbuttermarken 96.

Ausgabe: 38. Kartenausgabe: Nr. 601—800.

Nährmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren: Letzter Tag — bestellt mit H 3, M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nährmittel für Schwangere usw.: Letzter Tag — bestellt mit S N 3 der Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere usw.

Fleisch: Ausgabe am 24. April — bestellt mit L 1—10 (130 g frisches Rindfleisch mit Knochen und 50 g frische Wurst); L 1—5 (90 g frisches Rindfleisch mit Knochen); L 1—5 (Kranke, 125 g desgleichen).

Für Händler.

Fleisch: Markenabgabe.

Kunsthonig oder Marmelade: Bezugskartenablieferung Ku 35 durch die Ausgabestellen.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner. Bezirk. Sonnabend, ½8 Uhr: Außerordentliche Gauvorsitzung der Turnwarte, Vorturner und Vorturnerinnen im Volkshaus, Bilardzimmer. Wichtige Tagesordnung. — Freitag, abends 8 Uhr: Sitzung der Gruppenspielleiter im Restaurant Meiser, pünktlich erscheinen. — **Südgruppe.** Sonntag: Jugendwanderung. Treffen der Vereine nach zweistündiger Wanderung nachmittags 3 Uhr in Zöbigker (Spielplatz). — **L.-Lindenau.** Donnerstag, 7 Uhr, im Deutschen Haus, Lindenau: Oeffentliche Versammlung. Referent: Bundesspielwart R. Seppich. — **Westgruppe.** Sonntag: Jugendwanderung nach Markranstädt.

Athleten. Bezirk. Montag, 7 Uhr: Bezirksversammlung im Schützenhaus, L.-Volkmarsdorf. — Athletikverein Westen. Sonntag, vormittags 9 Uhr: Versammlung im Bürgergarten, L.-Kleinzschocher.

Schachverein. Sonntag, 4 Uhr: Freier Schachverkehr im Restaurant Klauß, L.-Stötteritz, Rudolph-Hermann-Straße.

Gesellspiele im Fußball am 25. März.

1b-Klasse. ½11 Uhr: Herthe I—Kleinzschocher I (Frank) auf dem Kohlrabiplatz. 3 Uhr: Wurzen I—Tapsia I (Gallmann). ½3 Uhr: Lindenau I—Wahren I (Gutte). ¾4 Uhr: Zwenkau I—Urania I (Steinberger).

2a-Klasse. 2 Uhr: Bennewitz I—Machau I (Wurzen). 2 Uhr: Kitzscher I—Böhlitz I (Bennewitz). 3 Uhr: Groitzsch I—Glesenburg I (Schenkel) in Machau.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

¾4 Uhr: Rötha I—Tonnewitz I (Hänsel). ½8 Uhr: Markranstädt I—Schönau I (Richter, R.).

2b-Klasse. 8 Uhr: Knautkleeberg II—Großzschocher II (Schönau). ½10 Uhr: Pegau II—Mölkau I (Groitzsch). ½8 Uhr: Stötteritz II—Eutritzsch II (Isaak, R.) in Mölkau. 8 Uhr: Probstheida I—Mockern II (Perger).

2c-Klasse. ½5 Uhr: Wurzen I—Lindenthal (Bennewitz). ½11 Uhr: Viktoria II—Lindenau II (Richter, E.), auf den Kohlstücken. ½8 Uhr: Grimma I—Plagwitz I (Witte).

3a-Klasse. 9 Uhr: Taucha II—Zwenkau II (Urania), auf den Kohlstücken. ½8 Uhr: Paunsdorf III—Sparta I (Schönefeld). 9 Uhr: Lößnig II—Stötteritz III (Connewitz). 1 Uhr: Eutritzsch III—Wahren II (Mockern).

3b-Klasse. 1 Uhr: Markranstädt II—Bennewitz II (Paunsdorf) in Paunsdorf ½8 Uhr: Groitzsch II—Wurzen III (Eutritzsch) in Eutritzsch. 11 Uhr: Oetzsch II—Rötha II (Sparta). ½11 Uhr: Schleußig II—Pegau III (Meckau). 9 Uhr: Tonnewitz I—Großzschocher IV (Löhnig). 11 Uhr: Eilenburg II—Plagwitz II (Viktoria).

3c-Klasse. 11 Uhr: Markranstädt III—Leutzsch III (Germann). ½11 Uhr: Sparta II—Kleinzschocher III (Urania). 9 Uhr: Urania II—Lindenthal II (Hertha). ½11 Uhr: Wahren II—Lößnig III (Eutritzsch).

4a-Klasse. ½2 Uhr: Grimma II—Mockau II (Müller, E.). ½2 Uhr: Mölkau II—Taucha III (Köhler, W.). ¼4 Uhr: Wiederitzsch II—Tonnewitz (Schmidt, W.).

4b-Klasse. ½8 Uhr: Lindenthal III—Wahren IV (Lindenau). ½5 Uhr: Probstheida II—Taucha IV (Mockern). 2 Uhr: Wiederitzsch III—Schleußig III (Lindenthal). 8 Uhr: Rötha III—Kleinzschocher IV (Großzschocher).

Jugendmannschaften.

1. Klasse. 2 Uhr: Markranstädt I—Zwenkau I (Knautkleeberg) in Knautkleeberg. ½5 Uhr: Knautkleeberg I—Taucha I (Querfeldt). 9 Uhr: Stötteritz I—Paunsdorf I (Mölkau) in Mölkau. 11 Uhr: Groitzsch I—Lindenau I (Pegau).

2. Klasse. ½5 Uhr: Grimma I—Knautkleeberg II (Witte). 10 Uhr: Stötteritz II—Paunsdorf II (Mölkau) in Mölkau. 5 Uhr: Lindenthal I—Großzschocher II (Leonhardt).

Alte Herrenmannschaften.

10 Uhr: Kleinzschocher—Pegau (Knautkleeberg) in Knautkleeberg. ½5 Uhr: Großzschocher—Groitzsch (Seidel, P.). ½4 Uhr: Knautkleeberg—Stötteritz (Kleinzschocher).

Wiederitzsch hat sich mit 1 Vollmannschaft und 1 Jugendmannschaft angemeldet. Zuschriften an Bruno Hempel, Liebertwolkwitz, Gartenstr. 6.

Das Vorrundenspiel um die Kreismeisterschaft am 18. April endete mit 1:0 für Dresdner Sportverein. Die er Verein spielt nun am 25. April in Dresden um die Kreismeisterschaft. Am 9. Mai kommt in Leipzig das Vorrundenspiel um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft zwischen den Meistern des 4. und 2. Kreises zum Austrag.

Stand der 1b-Klasse am 18. April 1920.

	Spiele	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Tore +	Tore −	Punkte +	Punkte −
Wahren	13	9	1	3	22	18	19	7
Wurzen	11	9	—	2	40	16	18	4
Leutzsch	15	6	3	6	20	31	15	15
Zwenkau	11	5	2	3	32	18	14	8
Kleinzschocher	11	6	2	3	30	15	14	8
Knautkleeberg	11	5	—	7	28	18	12	14
Lindenau	1	5	1	7	15	32	11	15
Urania	16	3	2	11	20	38	8	24
Hertha	12	1	3	8	14	29	7	17
Taucha	6	1		5	5	17	2	10

Die Städtekommission hat folgende Mannschaften für die bevorstehenden Spiele zusammengestellt: Mayer, Venter, Kaiser, Wagen, Goltsch, Haferkorn, Kreuzer, Schmidt, Krause Rost, Schmidt Erf. Göthe. — Grob, Schönberr, Hähnel, Kumprecht, Scheibner, Dobst, Birnbaum, Siebdrisch, Pfaff, Hoffmann, Kell, Erf. Ziegler.

Das Ausweichspiel findet am 2. Mai, vormittags ½11 Uhr, in Leutzsch statt. Umkleidelokal Burgaue. Schiedsrichter ist Raid.

Achtung! Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. April, findet Kreistag in Dresden statt. Treffpunkt aller Sportgenossen, die nach dort fahren, um 12 Uhr mittags Blumenhalle, sächsische Seite. Sportgenossen, welche schon früh abkommen können, fahren schon 6.28 früh über Döbeln, sonst 12.27 über Döbeln.

Donnerstag, den 29. April, findet Protestausschuß-Sitzung bei Mayer statt.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Oeffentliche Sitzung
am Mittwoch, 21. April, abends 5 Uhr.

Stadtverordnetenvorsteher Genosse Seger eröffnet die Sitzung und gibt eine Anzahl

Eingaben

bekannt, darunter eine der Ortsverwaltung Leipzig des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In dieser Eingabe fordern die an den Städtischen Theatern beschäftigten Arbeiter eine erhöhte Entschädigung für Sonn- und Feiertagsarbeit. Da der Rat ein diesbezügliches Gesuch abgelehnt hat, werden die Stadtverordneten in der Eingabe ersucht, dem Ratsbeschlusse nicht beizutreten. Diese Eingabe wird an den Finanz- und Verfassungsausschuß verwiesen. In einer weiteren Eingabe beschwert sich der Besitzer Körner vom Hotel Kaiserhof über die militärische Benutzung seines Hotels. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Kosten für die letzte militärische Benutzung noch nicht erstattet worden seien. Auch bei dem Kapp-Putsch sei das Hotel wieder militärisch besetzt und im Laufe der Wochen außerordentlicher Schaden durch Zerschlagen von Geschirr usw. angerichtet worden. Das Renommee des Hotels habe durch den Militärverkehr ungemein gelitten, ein Teil des Personals wegen der Zustände gekündigt, und sogar Gewerkschaftler hätten sich geweigert, für das Hotel zu arbeiten. Die Eingabe bittet um den Schutz des Stadtverordnetenkollegiums und verwahrt sich gegen eine etwaige neue Belegung mit Militär.

Die Städtische Straßenbahn.

Das Kollegium stimmte einem Ortsgesetz über den gemischten Ausschuß für die Straßenbahnen der Stadt Leipzig (Verwaltungsrat) im Sinne der Anträge des Verfassungs- und Verkehrsausschusses zu.

Nach den Anträgen des Verfassungs-, Verkehrs- und Finanzausschusses wurde folgenden Ratsbeschlüssen zugestimmt:

1. auf die Rückzahlung der im Jahre 1919 an die Arbeiterschaft der Großen Leipziger Straßenbahn gewährten Vorschüsse wird verzichtet,
2. den Angestellten der Großen Leipziger Straßenbahn wird eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe der Hälfte der den städtischen Beamten im Herbst vorigen Jahres gewährten Beihilfe nachträglich zugebilligt und darauf diejenigen Vorschüsse angerechnet, die zur Deckung des Winterbedarfs usw. inzwischen gegeben worden sind
3. die entstehenden Kosten in Höhe von 800 000 Mk. und 165 000 Mk. zusammen 965 000 Mk. werden zu Lasten des Betriebs für das Geschäftsjahr 1919 übernommen.

In den gemischten Ausschuß für die Straßenbahnen (Verwaltungsrat) werden folgende Stadtverordnete gewählt: Seidel, Krug, Teichgräber (U. S. P.): Pollender (S. P. D.); Dr. Junck (Dem.); Heinze (W. V.-A.).

Ein Dringlichkeitsantrag.

Stadtverordnetenvorsteher Seger verliest folgenden Dringlichkeitsantrag:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die im Jahre 1919 gewährten Vorschüsse dergestalt auszugleichen, daß allen ledigen Arbeitern Vorschüsse von 200 Mark, Verheirateten mit 1 Kind 250 Mark, Verheirateten mit 2 und mehr Kindern 300 Mark gewährt werden.

Stadtv. Teichgräber (U. S. P.): Durch die Abzüge besteht die Gefahr der Beunruhigung unter den Straßenbahnern. Deshalb haben wir sofort die Eingabe besprochen. Der Rat hat sich den Wünschen der Arbeiterschaft nicht verschließen können, trotz rechtlicher Bedenken. Nun fühlen sich aber verschiedene Gruppen durch diese Regelung benachteiligt. Aus diesem Grunde habe ich den Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Vorschüsse im Jahre 1919 sind gewährt worden auf Grund der niedrigen Entlohnung. Um nicht wieder Erbitterung unter den Arbeitern der Straßenbahn hervorzurufen, bitten wir, unsern Antrag, der eine Ausgleichung versucht, anzunehmen.

Stadtv. Pollender (S. P.) tritt dafür ein, daß der Antrag Teichgräber in Verbindung mit einer neuen Ratsvorlage, die voraussichtlich nächsten Mittwoch das Kollegium beschäftigen werde, behandelt wird. Redner stellt den Antrag, den Antrag Teichgräber an die Ausschüsse zu verweisen und die Angelegenheit mit der neuen Vorlage zusammen zu behandeln.

Stadtv. Teichgräber (U. S. P.) erklärt sich mit der Ueberweisung einverstanden.

Antrag Pollender wird hierauf einstimmig angenommen. Den Anträgen der Ausschüsse wird zugestimmt.

Eingaben und Bewilligungen.

Eine Eingabe wegen Gewährung von Beschaffungsbeihilfen an die Arbeiter und Arbeiterinnen des städtischen Großmarkts für Gemüse und Obst wurde auf sich beruhen gelassen.

Zugestimmt wurde

A) der Nachbewilligung von 49 400.75 Mk. zur Deckung des Fehlbetrags der Rettungsgesellschaft in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. auf Konto 25 Anl. 19 des Haushaltplans 1919/20,

B) dem Abkommen mit der Rettungsgesellschaft über Weiterführung des Betriebs der Sanitätswachen und der Krankenbeförderung vom 1. April bis 30. Juni d. J., der Bewilligung von 74 200 Mark ordentlich als Zuschuß hierzu, ferner der Bewilligung von 67 100 Mk. außerordentlich für die Wiederherstellung der vorhandenen Krankenwagen und von 32 200 Mk. außerordentlich für einen neu angekauften Krankenwagen zu Lasten des Haushaltplans 1920/21.

Zustimmung fanden die Ratsbeschlüsse:

1. der Firma Städtische Speiserestenabfuhr den für die erhöhte Lohnzahlung an ihre Angestellten und Arbeiter erforderlichen Betrag von 15 000 Mk. auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 zu Lasten des Kontos 25 Anl. 24 außerordentlich 1919 nachzubewilligen,
2. derselben Firma vom 1. April 1920 an monatlich zu den jeweilig bewilligten Vergütungen weitere 5000 Mk. zu Lasten des Kontos 25 des Haushaltplans 1920/21 zu bewilligen.

Stadtv. Krug (U. S. P.): Die Arbeitszeit der Kutscher bei der Städtischen Speiserestenabfuhr beträgt noch immer 12 Stunden, von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Der Rat sollte dahin wirken, daß auch in diesem Betriebe der Achtstundentag eingeführt wird.

Stadtv. Dr. Herz (Dem.) wünscht, daß die Speisereste in verdeckten Wagen abgefahren werden.

Bewilligt wurden ferner 85 110 Mk. zum Ankauf von 438 Schußwaffen nebst Zubehör für die Polizeibeamten.

Stadtv. Krug (U. S. P.) berichtet eingehend über die Ausschußverhandlungen und gibt der Meinung Ausdruck, daß nur die Beamten bewaffnet werden sollen, die Außendienst verrichten.

Vorschuß für die Beamten.

Die demokratische Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, den Rat zu ersuchen, den Ratsmitgliedern, Beamten, Angestellten, Aushilfsangestellten, Lehrern an Volks- und höheren Schulen, städtischen Orchestermitgliedern und dem Theaterpersonal in Anrechnung auf ihre Bezüge auf den Monat Mai einen Vorschuß in Höhe von 50 Prozent, der nach den derzeitigen für Mai zustehenden Einkommen und persönlichen Anwendungen, Bekleidungs- und Zehrgeld sofort zur Auszahlung zu bringen ist.

Stadtv. Dr. Junck (Dem.): Wir hatten erwartet, daß heute bereits eine neue Vorlage über die Gehälter der Beamten gedruckt vorliegen würde. Das Reich ist in dieser Beziehung ja schon vorangegangen, ebenso andere Städte, die Vorschüsse gezahlt haben. Diese Tatsache hat mehrfach große Mißstimmung unter unsern festbesoldeten hervorgerufen, die in erheblicher Notlage sich befinden. Der Rat hat das auch anerkannt. Er hat ja schon beschlossen, den Beamten in „wirklicher Bedürftigkeit" Vorschüsse zu gewähren. Unser Antrag will aber die hierdurch geschaffenen Mißlichkeiten beseitigen. Durch den Antrag soll in keiner Weise in unser Budgetrecht eingegriffen werden. Der Beratung der großen Vorlage wird ebenfalls nicht vorgegriffen.

Oberbürgermeister Dr. Rothe: Es ließ sich ein Ausweg finden, wenn diesmal die Auszahlung des Gehalts für den Monat Mai einige Tage früher erfolgt. Wenn also am Sonnabend mit der Auszahlung des Gehalts begonnen wird, dürfte den Wünschen der Beamten gedient sein.

Stadtv. Scheib (U. S. P.): Nach den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters sind wir mit dieser Regelung der Frage einverstanden. Andernfalls müßte der Antrag an die Ausschüsse verwiesen werden.

Stadtv. Dr. Junck (Dem.) zieht nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters seinen Antrag zurück.

Die Städtische Schule für Frauenberufe.

Eine Ratsvorlage betraf

A) 1. die Ueberführung der städtischen Schule für Frauenberufe von Ostern 1920 ab in die Reihe der städtischen höheren Schulen als städtische höhere Schule für Frauenberufe, Besoldung der Lehrkräfte wie die an den höheren Knaben- und Mädchenschulen, Uebertragung der Einnahmen und Ausgaben für diese Anstalt aus dem Sonderhandelsplan der Evangelischen Schulgemeinde in den Haushaltplan der Stadtgemeinde (Konto 6),

2. die Erhebung der Schulgeldsätze, Aufnahme- und Abgangsgebühren und Büchereibeiträge in der aus Anlage B zur Vorlage ersichtlichen Höhe vom 1. April 1920 an,

B) die Rückäußerung des Rates über die Neugestaltung des Leipziger Volksschulwesens, soweit sie das Schulgeld für die Frauenberufsschule und die Gewerbeschule betrifft.

Der Schul-, Verfassungs- und Finanzausschuß sowie die Mitglieder des Kollegiums im Ausschuß für die höheren Schulen beantragten hierzu u. a.:

a) dem Ratsbeschluß 1 zuzustimmen,

c) den Rat zu ersuchen:

1. die allgemeinen Klassen, die keinen Berufscharakter tragen, an der städtischen Schule für Frauenberufe nicht zuzulassen, dafür der Pflichtfortbildungsschule die Einrichtung hauswirtschaftlicher Klassen mit erhöhter Stundenzahl, zunächst mit 12 Stunden, später in der Ausgestaltung im 1. Jahre 30, im 2. Jahre 10 Stunden zu übertragen,

2. die sogenannten Hausfrauenklassen als hauswirtschaftliche Fachklassen zu bezeichnen und auszubauen, also als Klassen für künftige Hausfrauen und höhere Hausbeamtinnen, für später diese Klassen von der Schule für Frauenberufe, die vor allem Handel und Gewerbe umfaßt, abzutrennen und eine 2. Berufsschule mit Klassen von ausgesprochen hauswirtschaftlichem Fachcharakter auszubauen,

3. die Gewerbeklassen als Abteilung für höhere gewerbliche Ausbildung zu bezeichnen und auszubauen zur Kunstgewerbeschule für Frauenkleidung und dieser Schule die Ausbildung der Handwerkerinnen (Gehilfinnen und Meisterinnen) nach der Gehilfenprüfung zu übertragen

4. die Klassen für kunstgewerbliches Zeichnen so zu gestalten, daß sie einer beruflichen Ausbildung dienen, also daß sie Vorklassen für die Kunstakademie sind,

5. bei der Anstellung von Lehrkräften auf eine Mehranstellung von wissenschaftlichen Lehrerinnen zuzukommen, so daß mindestens ein paritätisches Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Lehrkräften entsteht,

6 neben den männlichen Direktor eine weibliche stellvertretende Leiterin der Schule zu stellen;

d) den Rat zu ersuchen, die Zahl der Freistellen für das laufende Schuljahr auf 15 Proz. zu erhöhen und den Schülern und Schülerinnen, deren Eltern ein minderes Einkommen oder ein durch Invalidität oder Krankheit vermindertes Einkommen haben, einen Anspruch auf Freistellen einzuräumen,

e) den Rat zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, die dahin geht

1. ab Ostern 1921 den Besuch derjenigen Abteilungen der städtischen Schule für Frauenberufe und der Gewerbeschule, die fortbildungsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler umfassen, abhängig zu machen von einem Befähigungsnachweis, dessen Einzelbestimmungen nach Beratungen mit den Selbstverwaltungs-Körperschaften der Schulen festgesetzt werden,

2. für den Besuch dieser nach Auswahl aufgenommenen Schüler und Schülerinnen, deren Eltern in Leipzig wohnen, kein Schulgeld zu erheben.

Die Berichterstatterin Stadtv. Frl. Sander (Dem.) gibt ein ausführliches Bild von den Ausschußverhandlungen und empfiehlt die Annahme der Ausschußanträge.

Stadtv. Nöllig (W. V.-A.) wandte sich gegen den Antrag c 1. Die Pflicht zur Schule werde dadurch auf zwei Jahre herabgemindert. Auch gegen den Antrag c 6 wandte sich der Redner. Er halte auch den Antrag e 2 nicht für glücklich. Die Schulgeldfreiheit für die Besucher einer Berufsschule sei so lange nicht zu empfehlen, als nicht für die anderen Schulen ebenfalls Schulgeldfreiheit eingeführt sei.

Stadtv. Herz (Dem.) tritt für c 6 ein und fordert, daß in den Mädchenschulen auch eine Leiterin vorhanden ist. Im Punkt e 2 erklärt sich der Redner mit dem Stadtv. Nöllig einverstanden. Er wendet sich gegen die Schulgeldfreiheit.

Stadtv. Börner (Dnat.) trägt einzelne Bedenken gegen einige Punkte der Vorlage vor.

Stadtv. Enke (Priv.-Ang.) wendet sich gegen eine Vermehrung der Handelsklassen in der Frauenberufsschule. Der starke Zuzug weiblicher Kräfte aus den Handelsschulen beeinflussen den Arbeitsmarkt im Handelsgewerbe in ungünstiger Weise.

Stadtv. Staudinger (S. P.) spricht gegen die Auffassung des Stadtv. Enke und betont die Wichtigkeit einer guten Berufsbildung im Handelsgewerbe. Er begrüßt den Ausbau des Unterrichts für Hauswirtschaft.

Stadtrat Dr. Ackermann macht längere Ausführungen zu den einzelnen Anträgen und bemerkt, daß sich die Schule noch in der Entwicklung befinde.

Stadtv. Papst (U. S. P.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Bildung frei sein muß. Deshalb haben wir hier beantragt, daß diejenigen Mädchen, die für höhere Berufe befähigt, aber noch fortbildungsschulpflichtig sind, diese Schule unentgeltlich besuchen können, da ja auch die Fortbildungsschule frei ist. Wir müssen den ersten Schritt wagen und bleiben deshalb auf unserm Antrag bestehen.

Stadtv. Diehe (Dem.): Den Frauen müssen alle Berufe offen stehen.

Stadtv. Freytag (U. S. P.): Der Rat hat sich neun Monate Zeit genommen, ehe er die Vorlage zur Erledigung gebracht hat. Hätte der Rat die Vorlage eher eingebracht, hätte sie eingehender beraten werden können. In der Vorlage vermisse ich eine einheitliche Auffassung des Rates. Das Einheitsschulsystem verlangt Berücksichtigung. Die Auffassungen über die Schulgeldfreiheit gehen auf unsere verschiedenen gesellschaftlichen Anschauungen zurück. Es ist Pflicht der Gesellschaft, die Begabten unentgeltlich auszubilden. Wenn dieses Prinzip angewendet wird, dann müssen alle Mitglieder der Gesellschaft die Freiheit der Bildung haben. Es handelt sich aber gar nicht darum, die Schulgeldfreiheit sofort einzuführen. Der Rat soll vielmehr ersucht werden, dieser Angelegenheit näherzutreten. Schulgeldfreiheit bedeutet selbstverständlich auch Lehrmittelfreiheit. Redner bittet die Anträge anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der gestellten Anträge. Der Antrag auf Schulgeldfreiheit wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkskammer.

Kurze Anfragen.

Die Mittelstandsretter in den bürgerlichen Parteien haben entschieden Pech. Die Deutschnationalen und die Demokraten wollten vor den Wahlen noch einmal die Gelegenheit wahrnehmen, um zu zeigen, wie warm ihr Herz für das Handwerk und nach der Auffassung der Konservativen in gleichem Maße notleidende Landwirtschaft schlägt. Die Interpellationen der beiden Fraktionen bestürmten die Regierung, dahin zu wirken, daß bei der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates dem Handwerk und der Landwirtschaft eine „ihrer Bedeutung entsprechende" Vertretung gesichert werde. Gestern sollten beide Interpellationen in der Kammer verhandelt werden. Und da begeht man in Berlin die Niederträchtigkeit, ausgerechnet einen Tag vorher die Angelegenheit vorweg zu erledigen und den sächsischen Mittelstandsfreunden den Wind aus den Segeln zu nehmen. Unter diesen Umständen blieb den Interpellanten nichts weiter übrig, als ihre Anfragen zurückzuziehen. Damit waren eigentlich die Hauptpunkte von der Tagesordnung abgesetzt. Zu erledigen waren nur noch zwei kurze Anfragen.

Die Mehrheitler fragten an, was die Regierung zu tun gedenke, um die Ausführung von Lebensmitteln aus Sachsen zu verhindern. Die tschechisch-slowakische Nationalversammlung soll ein Gesetz beschlossen haben, das auf die unbefugte Ausführung von Lebensmitteln schwere Kerkerstrafen bis zu 20 Jahren, außerdem Geldstrafen bis zu einer Million Kronen oder Todesstrafe festsetzt, während es zuläßt, daß Waren von Sachsen nach der Tschecho-Slowakei eingeführt werden können. Dr. Hübel erklärte, daß der Regierung von einem derartigen Gesetz nichts bekannt sei. Eine Anfrage bei der Reichsregierung sei noch unbeantwortet. Eine Ausfuhr von Lebensmitteln aus Sachsen sei überhaupt verboten und zwar reichsgesetzlich. Innerhalb der letzten sechs Monate seien nur einmal mit Genehmigung des Reiches zehn Waggon Klippfisch, die hier nicht verbraucht wurden, nach der Tschecho-Slowakei gegangen.

Eine weitere Anfrage richtete sich gegen die von den sozialdemokratischen Parteien gewählten revolutionären Aktionsausschüsse, die den Deutschnationalen ein Dorn im Auge sind. Anstatt den Kappfreunden auf ihre anmaßende Forderung, gegen die Arbeitervertretungen vorzugehen, die gebührende Antwort zu geben, hielt der Minister Uhlig eine klägliche Rede, in der er es, um nirgends Anstoß zu erregen, ängstlich vermied, offen und unzweideutig Stellung zu nehmen. Ja, es seien Uebergriffe erfolgt, die die Regierung nicht erfreut haben, aber man müsse doch berücksichtigen, daß die rechtschaffene Absicht bestand, den Kapp-Putsch und die Gefahr der Reaktion abzuwehren. Aber freilich seien die Aktionsausschüsse ungesetzlich und die Regierung habe ihnen wissen lassen, daß sie keinen Eingriff in die Verwaltung dulde und sich gegen alle Gründungen wenden werde, die verbrecherische Absichten haben. In dieser für die Arbeiterklasse verletzenden Tonart ging es weiter, ohne daß Herr Uhlig nur versucht hätte, an der Schuld der reaktionären Putschisten zu rühren. Wie vorteilhaft sticht von diesem hilflosen Gestammel die Erklärung des Ministers von Bodenstein in Gera-Reuß ab, er könne es sich gar nicht anders vorstellen, als daß eine Regierung den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft die größte Beachtung schenke und mit den Aktionsausschüssen Hand in Hand arbeite. Aber die sächsischen Minister verstehen es nicht einmal, sich wenigstens einen einigermaßen anständigen Abgang zu sichern.

„Demokratische" Scharfmacher.

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hielt am Mittwoch, dem 14. April, in Dresden eine Sitzung ab. U. a. kam seine Angst vor einer „sozialdemokratischen Mehrheit" zum Ausdruck. Angenommen wurden dann einstimmig folgende Anträge:

1. Die sächsische Regierung wird aufgefordert, dafür in energischer Weise zu sorgen, daß alle Arbeiterräte und Aktionsausschüsse zu verschwinden haben. Es gibt nur eine verfassungsmäßige Regierung. Keinerlei Nebenregierungen dürfen geduldet werden.

2. Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei erwartet von der sächsischen Regierung, daß unverzüglich alle Beschlüsse städtischer Körperschaften aufgehoben werden, durch welche Vollzugsausschüssen mit der Verfassung in Widerspruch stehende Rechte eingeräumt worden sind. Soweit zu solchen Zwecken Mittel bewilligt worden sind, ist eine Nachprüfung dieser Beschlüsse von Aufsichts wegen vorzunehmen.

Es ist immerhin verdienstlich, daß die Herren „Demokraten" noch kurz vor den Wahlen ihre reaktionäre Gesinnung so offen zum Ausdruck bringen.

Unerhörte Maßregelung von Staatsarbeitern.

Daß trotz der Revolution noch immer der alte Geist in den Amtsstuben fortlebt, beweist folgende, von unserer Fraktion in der Volkskammer gestellte kurze Anfrage: Durch Verfügung vom Finanzministerium Abt. II., ges. Landesforstmeister Winter, wird von den Waldarbeitern die Rottenakkordarbeit verlangt. Arbeitern, die dem Verlangen nicht nachkommen, ist die Kündigung auszusprechen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ist der Regierung bekannt, daß im Grimmaer Bezirk fünf alten Waldarbeitern aus diesem Grunde gekündigt worden ist, die seit 17, 22, 10, 8 und 6 Jahren im Staatswald beschäftigt sind?

Billigt die Regierung diese Maßregel? Oder was gedenkt die Regierung zu tun, um alte Arbeiter vor Maßregelung zu schützen.

Sozialdemokratische Kandidaturen.

Vom soz. Verein Dresden-Altstadt, wurde als Reichstagskandidat Sindermann, als Landtagskandidaten Fröhdorf und Arzt aufgestellt. Im Gegensatz zu Dresden-Land, dem Sitz der arbeitenden Massen, war hier die Stimmung regierungsfreundlicher.

Reichenbach. Bei der Arbeiterratswahl wurden 2752 Stimmen abgegeben, 5 waren ungültig. Liste 1 der S. P. D. 1314 Stimmen, Liste 2 der U. S. P. 559 Stimmen, Liste 3 der K. P. D. 880 Stimmen. Die S. P. D. erhält 19 Mandate, die U. S. P. 8 Mandate, die K. P. D. 13 Mandate.

Netzschkau. Die Arbeiterratswahl brachte der U. S. P. 779 und der S. P. D. 615 Stimmen. Die U. S. P. erhält 9, die S. P. D. 7 Mandate und jede Partei 4 Ersatzleute.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 23. und 24. April 1920, kommen 90 Gramm ausländisches Rindergefrierfleisch — für Kinder 45 Gramm — und 80 Gramm hiesiges Schweinefleisch — für Kinder 40 Gramm — zur Verteilung.

Der Preis für das Rindergefrierfleisch beträgt für 90 Gramm 2.12 Mk., für 45 Gramm 1.05 Mk. und für 80 Gramm Schweinefleisch 96 Pfg., für 40 Gramm 48 Pfg.

Zwenkau. Grausige Tat einer Geisteskranken. Wahrscheinlich in einem Anfalle geistiger Umnachtung ermordete am Dienstagnachmittag die Frau des Arbeiters Döge, wohnhaft in der Vorstadt Berg, ihre 17jährige Tochter. Die Frau wurde von ihrem, kurz darauf von der Arbeit heimkehrenden Ehemann in das Krankenhaus eingeliefert. Der Leichnahm der Ermordeten wurde in die Leichenhalle gebracht.

Kreuzlicherberg. Gemeinderatssitzung. Die Genehmigung zum Einbau einer Wohnung im Bahnhofsgebäude wurde erteilt. Gegen die Errichtung einer Apotheke hegt das Ministerium Bedenken. Es soll noch eine Eingabe an die Volkskammer gemacht werden. Wegen der Finanzierung des zu errichtenden Bades soll eine Kommission nach Dresden fahren. Der Erhöhung der Kehrlöhne von dem Schornsteinfegermeister wurde zugestimmt. Die Kirchensteuern werden durch besonderen Steuerzettel eingezogen. Das Baukostengesuch wurde, weil der Wohnungsbau unausführbar, fallengelassen. Da die vorhandenen Schlauchleitungen für unsern Ort ausreichen, wird die Anschaffung von neuen Schläuchen wegen zu hoher Kosten zurückgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

R. G., Josephinenstraße. Wenn Sie Pflichtmitglied der Betriebskasse sind, kommt die freiwillige Versicherung bei der Ortskrankenkasse nicht mehr in Frage. — 1 Mk. für die Parteikasse.

Jw. 75. Wenden Sie sich an das Mieteinigungsamt, das auch für diese Fälle zuständig ist und dessen Zustimmung zur Kündigung erforderlich ist.

R. P., Kirschbergstr. Die Unterbringung im gemieteten Kellerraum kann der Wirt nicht verbieten, wenn sie nicht durch den Mietvertrag untersagt ist. Den Hof haben Sie ja nicht gemietet.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Berichterstatter!

Ein tüchtiger Berichterstatter wird von sofort an für die **Leipziger Volkszeitung** gesucht. Genossen, die über die erforderlichen journalistischen Fähigkeiten verfügen, bitten wir, uns sofort ihre Bewerbung einzureichen

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Reisenden in der Bureaubranche eingeführt, bei festem Gehalt sofort gesucht. Offerten mit näheren Angaben erbet. unt. **M. S. 40** Filiale Gohlis.

Patentgummi-Vorarbeiter für dauernde angen. Stellung ges. Ang. u. **A. 75** Exp. d. Bl.

Geübte Kleberinnen für Kartonnagen, auch für Heimarbeit, sucht Bademann Nachf., Rathausst. 45

Junge Mädchen zum Zuarbeiten sowie zum Anlern, d. Blusenkonfektion p. sofort gesucht **C. Stabenau**, Frankfurter Str. 6, II. r. [*

Aufwartung für Mittwoch u. Sonnabend früh u. z. Waschen gesucht Go., Menckestr. 5, I. r.

1 ält. ohrl. Mädchen als Stütze sow. 1 saub. Waschfrau f. wöchentl. 2 Tage v. gesucht Elisabethstr. 7, Reichshallen.

Kräftige s. Aufwartung (Schulm.) sucht Kleinzschoch., Baumannst. 11 b. Bachemann.

Alleinst. Frau sucht Stell. als Filialleit. i. Bäck. o. Milchgr. Off. u. F. S. Fil. Lt., Obermstr. 1.

Anst. Witwe s. Besch. a. Wirtschafterin. Off. B. 76 Exp. d. Bl.

Verkäufe

1 Trink-Halle, auch z. Wegtransport f. and. Zwecke pass. Plagwitzer Straße 48, H. I. l.

40 Flasch. Dürkheimer Rotwein 20 „ Siegesheimer, verkft. Neumann, Mod., Kirschbergst. 75

Rauchtabak ca. 100 Gramm **Mk. 4.50** [* Zigarr.-Geschäft Elsterstr. 8.

Tapeten, Rolle 1.-, 1.50 u. 2.- Mk. Elisenstr. 54, Ecke Körnerstr.*

Futterrüben zentnerweise günstig billigst abzugeben **Otto Kielhorn** Freiladebahnhof, Gleis 38.

Schuhwaren solid u. elegant kauf. Sie bei **Christian Eichel**, Kleinzschocher, Dieskauerstraße 11, Eigen. Reparaturwerkstatt.*

Kav.-Stiefel, braun, Gr. 42, Atlas-Halbschuhe, Gr. 38, verkauft billig Klinger, Leutzsch, Lindenstraße 23.

Mil.-Schuhe u. -Stiefel, neu u. getragen, Zivil-Schuhwerk verk. Ranftsche Gasse 6, ptr.

Dam.-Stief., umgearb., 38, zu verk. Gohl., Pölitzstr. 12, H. pt.

Sonderangebot! Neue Damenschuhe, Gr. 36-40, pro Paar 130 M.; neue Herrenschuhe, Gr. 41-48, pro Paar 150 M., zu verkaufen * **Li., Kaiserstr. 3, I. r.**

Jackettanzug, Sommervalet. bill. Promenadenstr. 39, II. l.*

Gelegenheitskäufe in Militär-Sachen, Zivilsachen, Wäsche, Schuhe und Stiefel. **Fritzsche, L.-Reudnitz**, Frommannstraße 12. *

Smoking-, Gehrock- u. Jackettanzüge, Sportanz., S.-Valet., gestr. Hose, Mil.-Hose, -Bluse, Lng.- u. Schaftst., Bergst.-Sch., Kn.-Hemd, Bettwäsch. u. prich. Windmühlenst. 32, Stg. A. IV*

Militär-Mantel, 2 Militär-Blusen, Mil.-Hose, Reithose, Drillichhose, 1 Som.-Überz., Ulster vk. Ranftsche Gasse 6, pt.

Som.-Überzieh., getr., Gum.-Mantel u. Knab.-Ulster zu vk. Kleinzschoch., Klarastr. 7, III. r.

Anzug, braun, mittlere Größe, zu verk. Wahren, Königstr. 56, II. l.

Anzug, braun, guterh., zu vk. Opitz, Stött., Colmstr. 13, III. r.

Anzug, marineblau, zu verk., ev. Umtausch m. guterh. Fahrrad (Renner od. Halbrenner). Sellerhausen, Bülowstr. 9, I. r.

Jackettanz., neu, Anzugsstoff, zu verk. Ranftsche Gasse 6, pt.

Jackett- u. Cutaway-Anzug, Gehrock-Anzug, Frdsst., f. bill. Baum., Brandvorwerkst. 2, I.*

Mah.-Anzug, neu, grau, kl. Fg., 3 Meter grüner Mantelstoff, 1 P. neue Inf.-Stiefel, Gr. 26, verk. Li., Siemeringstr. 13, III. l

Mil.-Joppe billig zu verkf. Arndtstr. 71, I. r.

Kleidungsst., **Arbeitsl.**, getr., f. D., z. vk. Klzscho., Birkelst. 2, p.

Kostüm, dkb., wß. Kleid, z. vk. Ang., Zweinaund. Str. 64 d, I. l.

Brautkleid, weiß, mittl. Figur und Mantelkleid, l. starke Figur, Kinderwagen mit Bett und Wäsche, Gitterbett, Tisch und Waschtisch zu verk. Lindenau, Cranachstraße 1. Bäckerei.

Sommerhut, wß., fast n., groß, eichener Bilderrahm zu verk. Lindenau, Markt 11, I. rechts

Filzhüte, weiche, schw. 50-51, à 20 M., Strohh., w. 54-57, à bis 15 M., Mützen, 5-8 l., 6-8 M., alles neu vk. Roßbachstr. 8, pt. rechts

Damen-Handtaschen, z. Fbrkpr. Co., Dölitzer Str. 46.

Cheviot, dkblau, 3 m, Frdsw., zu vk. Eisenbahnstr. 147, III. l.

Blusenreste, **Hemdenbarch.**, Strümpfe, Strickgarn bill. zu vk. Klzschoch., Klarastr. 11, I. l.

Ia. Stern-Zwirn **100 Sterne 40 Mark** solange Vorrat v. **Klopoter**, L.-Kleinzsch., Antonienstr. 17

Stecklissen u. Tändelschürzen sehr billig. Nordstraße 3, II.

Federbett, Trumeau, Vertiko, Tepp., Regul. Brüderstr. 10, I. l

Bettwäsche, Tischwäsche, Küchenwäsche Kinder- u. Unterwäsche verkft Wadewitz, Windmühlenstrasse 83. I. [*

Bett- u. Tischwäsche 2 Federbetten, neu u. gebr. verkauft billigst [* Eilsenstraße 65, part. links.

2 × bunt 4 × weiß [* Bettwäsche, Bettücher, Hand- und Wischtücher, Tischwäsche, Leibwäsche, Bettdecken, Schlafdecken, Stores u. Federbetten, **Arbeits-Hosen** Anzugstoffe, Hosenreste für Knabenhosen billig **Lessingstraße 20, p.**

Preiswerte u. gute Möbel neu und gebraucht! W. Nebling, Bayersche Str. 32.

Chaiselong. bill. Crusiusstr. 2, p. r.

Schlafzimmer — Küchen verkft. billig Lendel, Josephstr. 63. [*

Schränke, neu, bill. z. vk. *

Eintür. Kleiderschr., Waschtisch m. Marmorplatte, Bettstelle mit Matratze, Tisch und Stühle wegen Platzmangel billig zu verkauf. Lindenau, Odermannstraße 4, Laden. *

Sofa, 1 Paar K.-Schuhe, 26, 2 P. Samtschuhe, 26 u. 40-41, vk. Möd., Steinmetzstr. 2, p. r.

Sofa, Tisch, kl. Tisch, 2 a. Stühl, z. vk. Lindenthal. Str. 17, III. l.

Sofatl., oval, 75 Stil., à 85 M., Spieg., 100, Bettst. m. M., Regulat. Wo., Natalienst. 19, p. l.

Sofa, Schreibsekret., Mahag., Kinderbett, Stores, 45 M., sof. z. vk. Rbn., Kapellenstr. 9a, p.

Komm., 130, Wanduhr, Spieg. Grammoph. vk. Ewaldst. 17, p.

Klappsth.- u. Liegewag. (weiß) noch sehr guterhalt., zu verk. Eutr., Schönefelder Str. 1, I. l.

Sportw. m. G., Puppw., Schn.-Büste (44), 4 m Gasrohr, Küch.-Pendel bill. Ludwigstr. 64, p. l.

Kinderwag., sehr gut erhalt., zu verk. Li., Rabenerstr. 7, I. r.

Kinderwag. m. Gummir. für 175 M. zu verk. Karlstr. 8, I. l.

Sitzliegewag. n. Gebrock. vrk. Sellerhaus., Gretschelstr. 5, III.

Guterhalt. Kinderwagen u. Klappsportwagen bill. z. verk. Plag., Merseburger Str. 2, II. r.

Klappwag. z. vk. Kallerst. 4, I. M

Klappwagen ohne Verdeck. Lind., Raimundstr. 4, III. l.

Lehrbuch. f. Einj. f. Handelsschule verkft. Klarastr. 13, III.

Leere ½- u. ⅓- Zigarrenkisten verkauft von 9—1 u. 3—5 Uhr Moritz Leitzner, Westplatz 32.

Bierapparat, 2teil., mehrer. Hundert Bierseidel zu verkf. Off. **S. A.** Fil. Kleinzschocher.

Elektriker-Apparat mit El., Lampenschirm f. elektr. Licht. Wo., Eisenbahnstr. 126, III. M.

Zaunlatten Riegel, Säulen, Bohnenstangen liefert **G. Georg Poppe** * Wurzner Str. 135 Tel. 80758

Enten- u. Hühnerküken verk. **Walther**, Probstheida, Russenst. 18

14 Tage alte Küken verkauft Schönef., Scheumannstr. 6, p. l.

Hähe, fette Ziegen, 3 Böckchen vk. g. Ant.-B. Kolbachst. 8, p. r.

Billig! Blusen von 28 Mk. an **Röcke** — Eigene Fabrikation **P. Schmitz** Specks Passage Nikolaistr. 5 und L.-Reudnitz Comeniusstraße 19, pt. Durchgehend geöffnet.

Küchen — billig **Bettstellen u. Matratzen** Brüderstr. 11, Möbelfabr.*

Küche, gut, gebr., 490, Komm., Pl.-Sofa, Kbrschrk., Handw., vk. bill. Sternwartenst. 48, I. l.

Schlafz.-, Küchen-Einricht. zu vk. Li., Gutemuthsstr. 10, II. l.*

Gr. Küche, 10teilig, verkauft Kappe, Nürnberger Str. 11.

Bettstelle m. Matr., verschied. Möbel, Berliner Str. 60, I. r.*

Bettst. o. Matr. vk. Kirchstr. 85.

Holz-Kinderbettst. m. Matr. z. vk. Stö., Schönbachstr. 52, I. r.

Eil. Kinder-Gitterbett m. M. zu verk. Schönbachstr. 88, p. r.

Grammophon mit 85 Platten verkauft Hahn, Gießerstr. 36.

Gebrauchte Schreibmaschine (Jost) zu verkaufen. Offert. unter **Z. 74** Exp. d. Blattes.

Nähmasch. (neu, u. geb.) a. Teilzahl., Reparaturen auch an v. mir nicht gekauft. Nähmaschinen Schell, Li., Siemeringstr. 8. [*

Nähm. vk. Kappe, Nürnb. St. 11. *

Gebr. Nähmasch. verk. Pleth, Frankfurter Straße 22. [*

Fahrräder, gebr. u. neue, **Decken u. Schläuche** deutsche u. ausl. Fabrikate. Fahrradzubehör aller Art. Größte Ausw., bill. Preise. **Fahrrad-Beyer**, Kantstraße 33, Steinweg

Fahrräder auch gebrauchte, kauf. Sie bill. bei **Pötsch**, Fahrradhaus Täubchenweg 86. *

Gbr. H.- u. D.-Räd. m. Frl. u. Gu. vk. Weidmannst. 2, H. Frhdl.*

Fahrrad verkauft billig Kappe, Nürnberger St. 11.

Herren-Rad billig zu verk. Kleinzsch., Bahnhofstr. 27, II.

Knab.- u. Dam.-Rad ohne Gu. verk. Klzsch., Klarastr. 13, III.

H.-Fahrrad (Dürkopp), fst. n., m. sämtl. Zub. umstdeh. bill. zu verk. Sellerh., Edlichstr. 3, III. r.

Damen-Rad mit Gummi zu verk. Nonnenmühlgasse 3, II. r.

Korbkinderwag. (gelb) z. verk. Engelsd., Klingerplatz 4, II. l.

Junge blaue Wiener Eltern prämiert, verk. billig Klinger, Leutzsch, Lindenst. 23.

Hund zum Schlachten verkauft Berliner Str. 54, H. l.

Kaufgesuche

Achtung! Ich zahle staun. hohe Preise für Herrengarderobe, Leihhausscheine, Möbel, Federb., Teppiche, Gold- u. Silberw. **Steinfeld**, Nordstraße 3, II.*

Herren-Garderobe Militär-Sachen Schuhe und Stiefel Wäsche Leihhausscheine kauft * **Walter Fritzsche** Nd., Frommannstr. 12, l. zw. Täubchenw. u. Dresdn. St.

Kaufe a. Priv. guterh. Cutaway o. dkl. Jack.-Anz., gr. F., a. H.-Hemd. Bayersch. Str. 6, II. r*

Halt! Aufgepaßt! Halt! enorm hohe Preise zahlt nur Frau **Wittelos** f. alte u. neue **Wäsche, Herren- und Damensachen** sowie alte **Herrenhosen**, einzelne **Möbelstücke** sowie ganze **Wirtschaften**. Leihhausscheine, Gardinen, Teppiche, Stores sowie jeden alten Schmuckgegenstand. * **Lortzingstraße Nr. 12**, am Fleischerplatz. Tel. 13150.

Aller Art Wäsche neu u. gebraucht, zu kaufen gesucht. Thomasiusstr. 1, II. l.*

E. Kummer, Mittelstr. 13, I. z. a. alleb. f. Bettw., Leibw. a. Art, Leihhausch., Fdb., H.-Gard.*

Bett- u. Leibwäsche, neu u. gebr., H.-Anz., Inletts usw. kauft zu hohen Preisen **Spret**, Brühl 11, III, Vdh. [* Wohnungsnsch. mitbringen.

Kaufe aller Art Möbel, auch gebr. Garderobe u. Uhr., Ringe, Goldsach. Grünbaum, Berliner Straße 24, II. H. l.*

Küchenschr., Bettst. m. Matr., Sofa s. t. g. Zeitzer Str. 38, II. l.*

Gebr. Grammophon-Platten Mandolinen, Geigen kauft * Wolf, Sternwartenstr. 30, Lb.

Alte Schallplatten Kilo bis 19 Mark 2. Stück bis 8 Mk. n. Gewicht, Bruch nach Tagespreis kauft Eug. Sellerh., Weidlichstr. 15 a. Ostheim, Straßenbahnl. 8.*

Musikschallplatten abgespielte, zerbrochene, 18.— **Mark per Kilo** kauft **Kersten**, Mockern * Neuß. Hallische Str. 209, III.

Schallplatten Walzenbruch, zahle höchstpreise Jeremias, Stötteritzer Str. 9.*

Mähm. f. Nürnbg. St. 11 Kappe*

Rahmasch. zu kauf. ges. Offert. m. Pr. u. **V. 72** a. d. Exp. d. Bl.*

Wringmaschinen, auch defekt, f. Kirchhof, R., Kreuzst. 46, H.*

Tadelloses H.-Rad mit guter Gummi-Bereifg. oder Gestell (Holzfelgen) sof. zu kaufen gesucht. Sellerh., Geibleristr. 18, pt. r. (5—7).

2 Fahr.-Mil., Freil., H.- u. D.-Rad f. Kohlgartstr. 44, II.*

Klappwag. m. Verd. a. Privat z. f. ges. Off. u. **S.** Reitzh. St. 32, p

Gebr. Stb.- u. Liegewagen mit Verd. z. f. ges. Off. m. Preisang. u. **W. K.** Fil. Pl., Weißf. St. 30.

Kaufe Gold- und Silberwaren Uhren Schmuckgegenstände u. zahle höchste Tagespreise M. Israel, Uhrmach.-Laden, Promenadenstr. 5. *

Gold- und Silber-Geräte aller Art, [* **Uhren, Ketten, Ringe, Prismengläser usw.** kauft **Franz Förstering Nachf.** Inh.: Karl Friedrichsen **Leipzig, 1 Nordstraße 1.**

Zahle für Gold- und Silberwaren Brillanten, Schmuckgeg., Platin, Leihhausscheine, Bettwäsche, H.- u. D.-Garder., d. höchst. Tagespr. **F. Kern**, Ritterstraße 15, III. Et. rechts.*

Gold- und Silberwaren (keine Münzen), Schmuckach. kauft **F. B. Faber**, Leipzig, Reichsstraße 18-20. [*

Quecksilber und alle Metalle, **Lumpen, Bücher**, Zeitungen, Mosch, Flaschen kauft **Jordan, Leipzig-Connewitz**, Stöckartstr. 19.*

!! Achtung !! Sie werden staunen, was Sie noch trotz des Preissturzes für **Lumpen/Bücher Zeitungen und Mosch-Papier** bekommen. * Bole auch ab. Kt. gen. **Fricke, Hohe Str. 42**

Achtung! Kaufe **Zeitungen Bücher Moschpapier Lumpen Knochen** Alte kaputte wollene **Strümpfe** Bitte achten Sie auf die **Nr. 35 Lilienst. 35** Kwadrat. *

Zahle höchste Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink, Aluminium**, sowie **Haushlumpen** und **Papier**. Sammler und Hausierer gesucht! [* **Excibert, Otto, Bayersche Str. 23.**

Achtung! Kaufe **Zeitungen Bücher Moschpapier Lumpen Knochen** Alte kaputte wollene **Strümpfe** Bitte achten Sie auf die **Nr. 25 Hohe St. 25** Hof. Kwadrat.*

Achtung! Hausfrauen! Kaufe [* **Lumpen Zeitungen u. Bücher Alte Strumpfwolle** **Buchaster** Nordstraße 3 :: Tel. 16700

Felle aller Art Ziegen, Zickel, Rehe Rindehäute, Kalbfelle Katzen, Kanin, Hasen kauft zu Tagespreisen **Haferkorn** Leipzig, Nikolaistr. 39-45 II. Hof, Treppe B, part.

Zugerichtete und rohe FELLE aller Art kauft u. zahlt höchste Tagespr. **Weishahn** Gerberstraße 38, III. [*

Alle Arten Felle kauft zu allerhöchsten Tagespreisen Ritterstr. 35 (Laden). * Tel. 12675.

Fell-Einkauf Hasen-, Kanin-, Schaf-, Ziegen-, sowie alle Art Felle f. z. bestmögl. Preis. **Alwin Wagner, Querstr. 27** Fernsprecher 2355. *

Alle Sorten Felle kauft zu höchsten Preisen **Reicher** Eisenbahnstr. 17, II. r und Dainstr. 28, II. Telephon 13213 [*

Kanin zahlt allerhöchste Preise **F. Brucks**, Ritterstraße 30/36.*

Felle und Roßhaar sowie Schafwolle * kauft Mittelstraße 5, Hof.

Kanin bezahlt allerhöchst Max Nitzschke, Reichsstr. 38-42, Telephon 8115. *

Hohe a. gegerbte Kanin höchste Pr. Hauswürfe z. ausl. Felle höchste Preise. Hirschberg, Leipzig, Plauensche Straße 7, II. *

Vermischte Anzeigen

Goldne Damenuhr mit Lederarmband auf dem Wege Georgiring, Augustusplatz, Kurpr.-, Windmühlen-, Bayersche, Kais.-Augusta-, Süd- u. Eichendorffstraße am Mittwoch zw. 12—2 Uhr verloren. G. hohe Bel. abzug. b. Dewald, Co., Kochstr. 100, pt.

Meine Verlobung mit Frl. Erna Ziehm, Plagwitz, erkläre ich von heute an für aufgehoben. **Paul Luge.**

Rechtsbureau Berner Schl., Sieglitzstr. 9. Tel. 40296.*

Rechtsbeistand, Gesuche, Prozesse, Alim.-, Ehe-, Straf., Zocher, Li., Leutzscher St. 59, I.*

Geselligkeitsverein im Westen sucht noch Damen u. Herren als Mitgl. Gäste willk. Jed. Freit., abds. 7 Uhr, Tanz in Lind., Lützner Str. 14, Saal.

Achtung! Viele Hausfr. möch. b. d. jetz. teur. Zeit ich **Kleider** gern selbst anfert., aber d. prakt. Zuschneid. fehlt oft. Komm. Sie, schneide alles zu und bert. gern jed. Rat. **Elise Heide**, Südstraße 61, I.

Türschilder für Privat und Geschäfte, lief. in ja-Ausführ. (Alum.), dir. ab Fabr., z. Pr. v. 4-7 Mk. **Aug. Spindeldreher** Gohlis, Scheuditzer Str. 46. Auf Wunsch Besuch des Vertr.

Möbeltransporte Hans Eitner Gegr. 1866. * Leipzig, Roscherstr. 1113. **Stadt- und Fern-Transporte.** Nur gute Ausführung. Aufbewahrung. Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen

Leer. Zimm. in frauenl. Haushalt sof. z. verm. Offert. unt. **24 J.** Fil. Dieskauerstraße 5.

Leere Stuben, Gasu. Kochgel. ges. Off. u. **B 2** Filiale Leutzsch.

J. Brautpaar sucht in Leutzsch 2 leere Stuben. Off. unt. **B. 3** Zweigstelle Leutzsch, Hauptstr.

Stube, Kam., Kü. m. Gas gep. St., 2 Ka., K. m. Gas. mögl. Oft. z. tausch. ges. Wissmannst. 3, IV.

Arbeiter u. Parteigenossen!

Lest Euer illustriertes Blatt die Wochenschrift der U.S.P.D.

Freie Welt Preis 50 Pfennig

Zu beziehen durch die Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges. Abteilung Buchhandlung, Tauchner Straße 19/21

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ASTORIA
Windmühlenstrasse 31 Fernruf 18195-96

Auf vielseitigen Wunsch nochmals: Der grosse Monumental-Fortsetzungs-Film in 8 Teilen mit MIA MAY Die Herrin der Welt. Jed. Teil nur 2 Tage. Heute Donnerstag den 22. und Freitag den 23. April 4. Teil: König Makombe. Für Jugendliche erlaubt.

UNIVERSUM
Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195-96

Morgen Erstaufführung Lotte Neumann im Schauspiel in 4 Akten Der Weg der Grete Lessen nach dem Roman von Paul Lindau. „Arme Mädchen" Heute letzter Tag: Zwischen Lipp' und Kelchesrand.

COLOSSEUM
Roßplatz 12—13 Fernruf 18195-96

Morgen Erstaufführung: Joe Deebs und Margot Lind im spanischen Detektiv-Abenteuer in 4 Akten Tamburin und Castagnetten. Heute letzter Tag: Der Volkstyrann

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1415.)

Donnerstag, den 22. April 1920
92. Anrechts-Vorstellung (2. Folge, rot)
Rose Bernd.
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Christoph Flamm, Erdschollenfeldbesitzer (Herbert Hübner); Frau Flamm (Marie Schippang); Der alte Bernd, Wirtschafter a. D. (Karl Huth); Rose Bernd, Marthel, seine Kinder (Agnes del Sarto, Hilde Hickel); August Keil, Buchbinder (Hans Zeise-Götz); Artur Streckmann, Maschinist (Lothar Körner); Golisch, Die alte Golisch, Der alte Kleinert, Heingel, Hahn, Arbeiter bei Flamm (Oskar Berger, Otto Ott, Hans Wehler, Friedrich Liedmann, Gustav Colmar); Das Hausmädchen, Die Großmagd, Die Kleinmagd, in Flamms Dienst (Elisabeth Wieck, Frieda Harms, Irmgard Richter); Ein Gendarm (Wilhelm Engst).

Pause nach dem 2. Akt.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Schauspielpreise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9½ Uhr.

Freitag, den 23. April: 93. Anrechts-Vorstellung (3. Folge, weiß): Carmen. Anfang 6½ Uhr.
Sonnabend, den 24. April: 92. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, braun): Revolutionshochzeit. Anfang 7 Uhr.

Der Einlaß von Besuchern in den Zuschauerraum des Neuen und Alten Theaters nach Beginn der Vorstellung ist verboten. Vor allen Dingen haben im Neuen Theater Besucher des ersten und zweiten Saalplatzes keinen Zutritt mehr zum vierten Saalplatz.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Fernruf 1416.)

Donnerstag, den 22. April 1920
Die Marquise von Arcis.
Schauspiel in 5 Akten nach Diderot von Karl Sternheim.
In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Personen: Der Marquis von Arcis (Ewald Schindler); Die Marquise von Vommerabe (Käthe Wittenberg); Hortense Duquenoy (Lilly Hesse); Henriette Duquenoy (Margarete Anton); Ein Lakai (Joh. Harms); Haushofmeister (Bruno Veit).
Lakaien, Bedienung des Marquis und der Marquise. — Paris 1750.
Vorspiele zu den einzelnen Akten bearbeitet von Otto Dibdom.
1. Menuett von Rameau. 2. Gigue von Muffat. 3. Ritornell von Gluck. 4. Bourree von Bach. 5. Lento espressivo von Gluck.

Pause nach dem 3. Akt.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Gewöhnliche Preise.
Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9½ Uhr.
Freitag, den 23. April: Keine öffentliche Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Sonnabend, den 24. April: Wilhelm Tell. Anfang 7 Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Nachtfalter Hainstraße 18 — Vornehme Künstlerspiele allabendlich 7 Uhr — Sonntags 2 Vorstellungen 8½ und 7 Uhr

Albertgarten. Morgen Freitag ab 6 Uhr **Grosser Ball.** Erstklassiges Ballorchester. 9 Uhr Konter.

Gasthof zum Reiter Leipzig-Dölitz. Inh. Wwe. Hans Pemsel. Freitag, ab 6 Uhr **Grosser Elite-Ball** Neueste Tänze. Flotter Betrieb.

Westend-Hallen. Morgen Freitag, ab 7 Uhr **Grosser Ball.**

Gasthof Neustadt. Morgen Freitag ½7 Uhr **Großer Ball.**

Krystall-Palast Theater
Täglich abends ½8 Uhr: Grosser glänzender Varieté-Spielplan

Battenberg
Varieté. Abends 7,30 Uhr. Gastspiel Blatzheim. Die schwebende Jungfrau
Theater. Abends 7,30 Uhr. Gastspiel Alixe Dreßler. Verlorene Töchter. Morgen Verlorene Töchter
Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Eutr.
Inhaber: Gustav Schilde. — Telephon 17483
Freitags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr Die beliebten Ball-Feste.
Erstklassiges Hausorchester. — Tanzschlager Hiawatha.

Gasthof Stünz
Straßenbahn Nr. 3 und 8
Morgen sowie jeden Freitag, ab ½7 Uhr
Das beliebte Ball-Fest.

Heute Donnerstag treffen wir uns im
BERGIDYLL
zum Flieder-Ball.
Motto: „Wenn der Flieder blüht."
9 Uhr: Schmückung der Paare.
Lade hierzu freundlichst ein B. Holde.
Linie 6 und 30, Stötteritz.

Albrechts Institut f. Naturheilverfahren
früher Albrechts Naturheilanstalt, Halle a. S.
jetzt Leipz., Nürnberger Str. 4 Sprechs. 10-11 Teleph. 5593.
langjährige Erfahrungen, individuelle Behandlung bei allen Krankheiten. Besuche wolle man möglichst bis 10 Uhr vormittags anmelden.
Dir. A. Albrecht.

In unserem Verlage ist erschienen:
Der Bankrott des Reformsozialismus
von Karl Marchionini.
Preis 2.50 Mk.
Die Schrift räumt auf mit der oberflächlichen Betrachtung des Reformsozialismus; sie zeigt auf Grund des historischen Materialismus, wie er entstehen, sich trotz aller Bannflüche der Parteitage ausbreiten konnte, und wie gleichzeitig mit der Katastrophe des Kapitalismus sein Ende gekommen ist.
Unsere Filialen und die Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

en gros — en detail
Holzschuh- u. Pantoffelfabrik **REIF & DORN.**
Spezialität: Echt Lederschnürschuhe mit Holzsohle.
Holzschuh-Besohlung.
Holzschuh- u. Pantoffelhölzer
Verkaufs- u. Annahmestellen: Hauptgeschäft L.-Stötteritz, Wasserturmstraße 10. Zweigstellen Anger, Möckauer St. 33 und Sellerh., Wurzner Str. 43.

Patente G.M. — W.Z.
Ausarbeitg. — Anmeldg. Verwertung billigst. Broschüre kostenlos. Walter & Co., Weimar.

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Mai-Aufstandes. 1848—1849
von Dr. Curt Geyer
Preis broschiert 8.— Mark
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Kleine Inserate könn. auf Post-Anweisungen geschrieben werd. Das Porto beträgt für Postanweisungen b. 5 Mk. 20 Pfg.

Neues Operetten-Theater.

Bosestraße. (Fernruf 2484.)

Donnerstag, den 22. April: Vereinsvorstellung (kein Kartenverkauf): Die Dollarprinzessin. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 23. April: Die Faschingsfee. Anfang 7 Uhr.
Sonnabend, den 24. April: Der Vielgeliebte. Anfang 7 Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion: Fritz Viehweg Fernruf 1060

Donnerstag, den 22. April 1920
Der Brand im Opernhaus.
Ein Nachtstück in 3 Aufzügen von Georg Kaiser.
In Szene gesetzt vom Oberspielleiter Otto Stoeckel.

Personen: Herr von *.* (Hanns Steiner); Suldette (Blanche Dergan); Der Opernsänger (Karl Kessler); Der alte Herr (Paul Medevolv); Logenschließer (Karl Walden); Diener (Adolf Braunstein). Priester. Laienbrüder. Kutscher.
1763 brannte die Pariser Oper.

Pause nach dem 2. Akt.
Gewöhnliche Preise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Dutzend- und Jahreskarten haben Gültigkeit.

Freitag, den 23. April: Die Pfarrhauskomödie. Vorher: Eine Abrechnung. Anfang 7 Uhr.
Sonnabend, den 24. April: Literarischer Abend. Erstaufführung: Tage des Lebens. Anfang 7 Uhr.

Bestellte Eintrittskarten müssen bis mittags 12 Uhr abgeholt sein, anderenfalls wird darüber verfügt.

Gewöhnliche Preise (einschließlich städtischer Kartensteuer).

Bühnenlogen	15.—	Mittelbalkon-Sessel	14.—
Parkett-Sessel	18.—	Mittelbalkon, 2.—4. Reihe	8.—
Parkett-Loge	10.—	Mittelbalkon, 5.—7. Reihe	6.50
I. Rang-Loge	14.—	II. Rang-Loge	8.75
I. Parkett	9.25	Amphitheater, 1. u. 2. Reihe	8.75
II. Parkett	7.—	Amphitheater, 3. u. 4. Reihe	8.25
Sperrsitz	5.—	Stehplatz	1.50

Bayerische Straße 5/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11111.
Leitung: Robert Oberweg. Künstlerische Leitung: Fritz Viehweg

Freitag, den 23. April, abends 7½ Uhr:
Serie 5
G'wissenswurm.
Bauernkomödie in 4 Akten von Ludwig Anzengruber.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9½ Uhr.
Karten an der Tageskasse sowie bei H. A. Coppius, Petersstraße 18.

Spielplan: Sonnabend: Serie 4: G'wissenswurm. Sonntag: Serie 5: G'wissenswurm.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele)

Fernr. 12300.

Donnerstag, den 22. April, abends 7½ Uhr
Erstaufführung
Hans Leibelt
Der Großstadt-Kavalier.
Schwank in 3 Akten von Georg Okonkowski.
Spielleitung Hans Leibelt.

Spielplan: Täglich 7½ Uhr: Der Großstadtkavalier mit Hans Leibelt; Sonntag, nachmittags 3½ Uhr (kleine Preise): Der fesche Rudi mit Hans Leibelt.

Drei Linden
Täglich abends ½8 Uhr: Der grosse Varieté-Spielplan
Eine Auslese artistischer Neuheiten.
Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Pantheon
Dresdner Strasse 20 Fernspr. 15957
Freitag und Sonntag
Grosse Ball-Feste.
Sonnabend, 24. April, ab 6 Uhr
Familienabend u. großer Ball
Arbeiter-Athletenbund, Bezirk Leipzig.
Klopfer kommt!

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8. Fernruf 19271
Heute letzter Tag
Paul Wegener in Nachtgestalten
Morgen Freitag, 23. April, zum ersten Male die Große Sensation
Tragödien menschlicher Leidenschaften
Nachtasyl Großstadt-Lebens- und Charakterbild mit Rud. Meinert 5 Akte

Welt-Theater
Barfussgasse (Am Markt) Fernruf 4870
Nur noch heute Donnerstag
Die Schlange mit dem Mädchenkopf mit Ria Jende
Ab morgen Freitag
Der spannendste und beste Stuart-Webbs-Film
Der Mann im Keller
Großes sensationelles Detektiv-Drama in 4 Akten
Ferner: Die Perusnerin

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt. Fernruf 19950.
Heute letzter Tag
Im Banne der Hypnose
(Madame Blaubart)
Ferner: Muß Liebe schön sein!
Morgen Freitag Uraufführung!
Todesurteil oder „Und als die Schuld gesühnt"
Der II. Teil des mit so kolossalem Beifall aufgenommenen Films Menschen 6 Akte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG